Energien vernetzen.
Nachhaltige Zukunft aktiv gestalten.

Geschäftsbericht 2024

BHAG

Bericht der Bad Honnef Aktiengesellschaft

1. Januar bis 31. Dezember 2024

Inhalt

Vorwort 04
Bericht des Aufsichtsrates 06
Daten & Zahlen 08
Lagebericht 12
Gewinn- und Verlustrechnung 25
Referenzen I 26
Bilanz 28
Anhang 30
Referenzen II 40
Bestätigungsvermerk 42

Impressum

HERAUSGEBER

Bad Honnef AG
Lohfelder Straße 6
53604 Bad Honnef

Telefon: 0 22 24 / 17-0
Telefax: 0 22 24 / 17-112

SITZ DER GESELLSCHAFT
Bad Honnef

REGISTERGERICHT
Siegburg HRB 6640

Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen die männliche Form. Die Bezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat ausschließlich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Initiative ergreifen. Langfristig planen.

Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2024 der Bad Honnef AG

Kersten Kerl, Vorstand

Liebe Kunden, liebe Geschäftspartner,

nachhaltig, krisenfest und bezahlbar – so muss die Energie von morgen sein. Die Veränderungen am Energiemarkt sind rasant und tiefgreifend. Sie bringen große Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich. Gelingt die Energiewende, bleibt unser Land wirtschaftlich erfolgreich und die Lebensqualität seiner Bürger erhalten. Damit sie gelingt, braucht es eine klare und zugleich flexibel adaptierbare Strategie und einen langen Atem. Als Energieversorger wirken wir verantwortungsbewusst und aktiv an der Gestaltung dieser nachhaltigen Zukunft mit.

Deshalb haben wir 2024 gezielt in eine sichere und nachhaltige Energieversorgung investiert und haben den Ausbau erneuerbarer Energien konsequent vorangetrieben. Für den Bau einer Photovoltaik-Anlage in der Lohfelder Straße mit einer Fläche von über 60.000 Quadratmetern haben wir notwendige Standortanalysen und Vorplanungen durchgeführt. Diese Anlage wird bis zu 60 Prozent der Energieversorgung unseres Wasserwerks abdecken. Parallel haben wir das Windkraftpotenzial geeigneter Flächen in der Region analysiert, um unsere Energiequellen weiter zu diversifizieren. Das ist besonders wichtig, da ab 2028 neue Heizungssysteme mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen.

Doch eine stabile Energiezukunft braucht mehr als eine Lösung. Besonders Wasserstoff spielt hierbei eine zentrale Rolle. Er ermöglicht es, überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energien effizient zu speichern und flexibel zu nutzen, wenn er gebraucht wird. Unser Ziel ist es, unsere Region an das entstehende Wasserstoff-Kernnetz anzubinden, um langfristig wettbewerbsfähig und unabhängig zu bleiben.

Auch für unsere Kunden haben wir konkrete Lösungen geschaffen: Mit flexiblen Pachtmodellen für Wärmepumpen (bhag.de/waermepumpe) ermöglichen wir einen einfachen und erschwinglichen Umstieg auf nachhaltige Heiztechnologien.

Nachhaltigkeit ist in unserer Arbeit kein Schlagwort – sie ist täglicher Antrieb und langfristige Strategie zugleich. Deshalb setzen wir auf eine starke regionale Wertschöpfung: Wir schaffen Arbeitsplätze, fördern Innovationen und stärken Partnerschaften in unserer Region.

Zusammen mit Ihnen – unseren Kunden, Geschäftspartnern und unserem engagierten Team von über 125 Mitarbeitern – gestalten wir eine Energiezukunft für unsere Region, die allen Beteiligten positive Perspektiven eröffnet. Wir sind entschlossen, vor allem die Chancen der Energiewende zu sehen und die Aufgaben, die diese uns stellt, anzunehmen: mit Initiative, langfristiger Planung und Ihrem Vertrauen. Denn die Entscheidungen, die wir heute treffen, bestimmen die Welt von morgen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und
Ihr Vertrauen!

Ihr Kersten Kerl
Mai 2025

Energie in Zahlen 2024

Es wurden **34** Bildungsworkshops zu den Themen Energie, Wasser und Nachhaltigkeit in Bildungseinrichtungen durchgeführt.

Es wurden **6.859** TEUR in den Netzausbau investiert:

3.650 Elektrizitätsverteilung
1.809 Gasverteilung
1.400 Wasserverteilung

Die **BHAG** hat rund **110** Vereine unterstützt. Zudem viele regionale Stadt-/Dorffeste und gemeinnützige oder mildtätige Organisationen.

9 weitere private Wallboxen

Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 der Bad Honnef AG

Dr. Rüdiger Fuchs, Vorsitzender

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben und Pflichten erfüllt. Er hat den Vorstand bei der Unternehmensleitung regelmäßig beraten und die Geschäftsführungsmaßnahmen überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und wurde durch den Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung und Lage des Unternehmens, über die Strategie und Planung, über das Risikomanagement sowie über die wesentlichen Geschäftsvorgänge unterrichtet. Der Aufsichtsrat ließ sich sowohl über die Wettbewerbssituation auf den Energiemärkten als auch über die allgemeinen Entwicklungen des Energiemarktes informieren, insbesondere hinsichtlich regenerativer Energien, Energiedienstleistungen und zukünftiger Geschäftsfelder. Ebenso ließ sich der Aufsichtsrat über Einzelprojekte sowie über interne Neuorganisationen und Personalentwicklungen berichten.

Der Aufsichtsrat hat sich an dem Deutschen Corporate Governance Kodex orientiert.

Im Geschäftsjahr 2024 kam der Aufsichtsrat zu vier ordentlichen und zwei außerordentlichen Sitzungen zusammen. Über Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung wurde der Aufsichtsrat auch zwischen den Sitzungen informiert. Auf Basis der Berichte und Beschlussvorschläge des Vorstandes fasste der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen entsprechende Beschlüsse, soweit dies nach Gesetz und Satzung erforderlich war. Darüber hinaus stand der Vorsitzende des Aufsichtsrates in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand. Ereignisse von außerordentlicher Wichtigkeit für die Lage und Entwicklung des Unternehmens konnten somit ohne Zeitverzug erörtert werden.

Im Rahmen der (ordentlichen) 90. Hauptversammlung der Gesellschaft am 5. Juli 2024 wählten die Aktionärsvertreter erneut die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024, die Buchführung und der Lagebericht wurden von ihr geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB versehen.

Die Jahresabschlussunterlagen und der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers sind allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung am 11. Juni 2025 ausgehändigt worden. In dieser Sitzung wurde der Aufsichtsrat zudem über die Ergebnisse der Prüfung in Anwesenheit eines Vertreters der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den Prüfungsbericht unterzeichnet hat, umfassend informiert. Des Weiteren standen ein Vertreter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und der Vorstand für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Der vom Aufsichtsrat im Februar 2021 eingerichtete Wirtschafts- und Prüfungsausschuss erstattete dem Aufsichtsrat regelmäßig Bericht über die laufende Überprüfung der Geschäftsentwicklung, der Prozesse und der Risiken bzw. der Kontrollmechanismen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie den Vorschlag des Vorstandes für die Gewinnverwendung am 11. Juni 2025 geprüft und stimmt dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zu. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss genehmigt, der damit festgestellt worden ist. Dem Vorschlag für die Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an.
Das Jahr 2024 war trotz der Energiekrise ein erfolgreiches Jahr der Bad Honnef AG. Hervorzuheben sind die Modernisierung von Strukturen, Prozessen und die Führung der Unternehmung sowie der Beginn einer Neuausrichtung im Hinblick auf neue Produkte, Energiedienstleistungen, regenerative Energien und neue Geschäftsfelder.

Für die in 2024 geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand, Kersten Kerl, und der gesamten Belegschaft seinen Dank und Anerkennung aus. Darüber hinaus gilt ein herzlicher Dank den Kunden und Geschäftsfreunden der Bad Honnef AG für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesen schwierigen Zeiten.

Bad Honnef, im Juni 2025

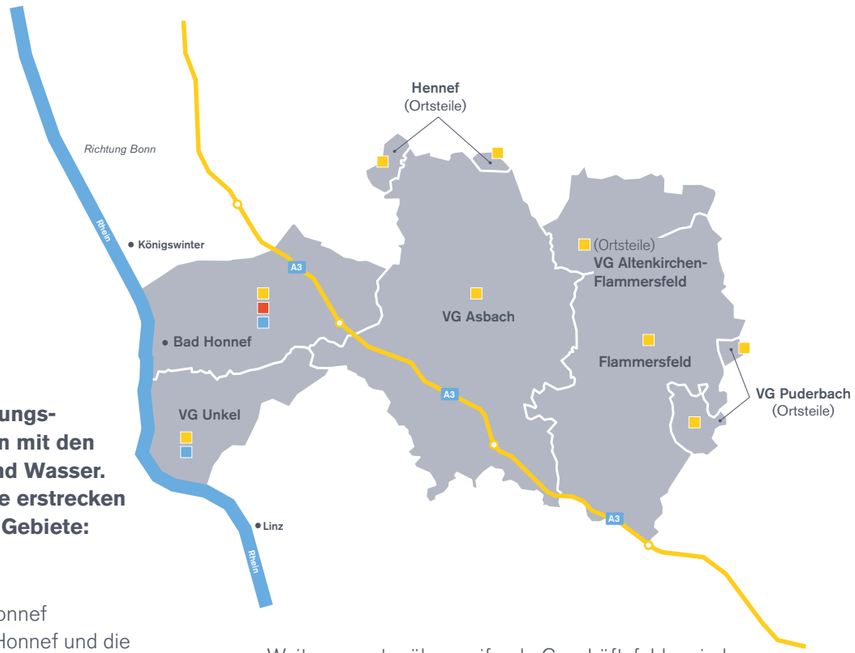
Der Aufsichtsrat

Dr. Rüdiger Fuchs
-Vorsitzender-

Unser Netz-gebiet

Die BHAG ist ein Versorgungs-Querverbundunternehmen mit den Sparten Strom, Erdgas und Wasser. Die Energie-/Wassernetze erstrecken sich dabei über folgende Gebiete:

- **Stromnetz:** Stadt Bad Honnef
- **Wassernetz:** Stadt Bad Honnef und die Verbandsgemeinde Unkel
- **Gasnetz:** Stadt Bad Honnef, Verbandsgemeinden Unkel, Asbach sowie die Ortsgemeinde Flammersfeld, Orte der Verbandsgemeinden Altenkirchen-Flammersfeld und Puderbach sowie der Stadt Hennef

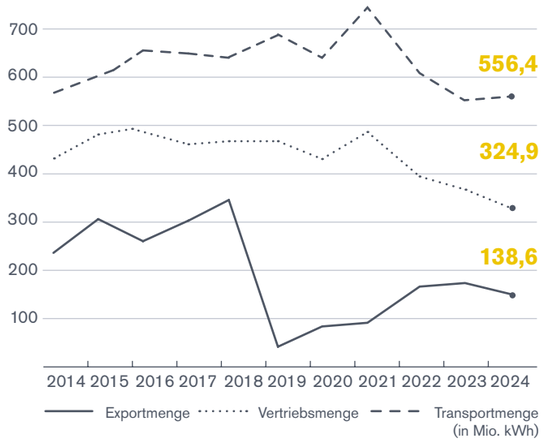


Weitere spartenübergreifende Geschäftsfelder sind die Betriebsführung der Straßenbeleuchtung der Stadt Bad Honnef sowie das Wärmecontracting. Die Stadt Bad Honnef hält insgesamt 96,17% der Anteile an der BHAG, hiervon 46% über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bad Honnefer Bäder. Die verbleibenden 3,83% der Anteile entfallen auf die Verbandsgemeinde Unkel.

Der Vorstand informiert

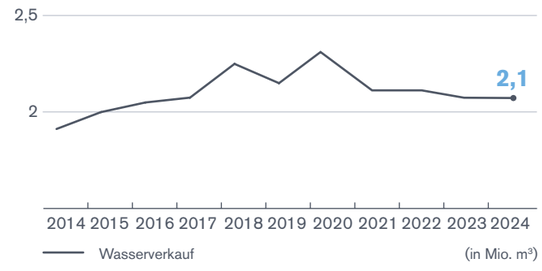
Strom

Die an Kunden im eigenen Netzgebiet verkaufte Strommenge erhöhte sich leicht von 46,3 GWh auf 47,6 GWh. Die Exportmenge stieg von 27,8 GWh auf 29,4 GWh.



Erdgas

Die insgesamt transportierte Gasmenge erhöhte sich leicht von 548,2 GWh auf 556,4 GWh. Die Vertriebsmenge verringerte sich von 375,7 GWh auf 324,9 GWh. Die Exportmenge reduzierte sich ebenfalls von 163 GWh auf 138,6 GWh.



Trinkwasser

Die verkaufte Trinkwassermenge blieb nahezu konstant.

Stromversorgung

Versorgungsgebiet: Stadt Bad Honnef

	2024
Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes	26.837
Installierte Leistung der Ortsnetzstationen	43,25 MVA
Anzahl der Ortsnetzstationen	119
0,4-kV-Kabelnetz (Niederspannung)	233 km
11-kV-Kabelnetz (Mittelspannung)	114 km
11-kV-Freileitung (Mittelspannung)	4,0 km
Verlegung von neuen Hausanschlüssen	18
Hausanschlüsse zum 31.12. (aktiv)	7.778
Zählerbestand zum 31.12.	16.272
Transportmenge Netz	72,27 GWh

Entwicklung der nutzbaren Stromabgabe, aufgegliedert nach Verbrauchergruppen in MWh:

	2024
RLM*	18.619
SLP**	54.556
Eigenverbrauch	2.536
Nutzbare Abgabe	73.175

* **Registrierende Leistungsmessung (RLM):**
Sondervertragskunden mit einem Jahresverbrauch über 100.000 kWh Strom.

** **Standardlastprofil (SLP):**
Haushalte oder Abnahmestellen mit einem voraussichtlichen Jahresverbrauch unter 100.000 kWh Strom.

Gasversorgung

Versorgungsgebiete: Stadt Bad Honnef, Verbandsgemeinden Unkel, Asbach sowie die Ortsgemeinde Flammersfeld und Orte der Verbandsgemeinden Altenkirchen-Flammersfeld und Puderbach sowie der Stadt Hennef.

	2024
Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes	81.687
Hochdrucknetz	157,3 km
Mitteldrucknetz	55,3 km
Niederdrucknetz	588,2 km
Hausanschlüsse zum 31.12. (aktiv)	17.919
Zählerbestand zum 31.12.	
Transportmenge Netz	556,44 GWh

Entwicklung der nutzbaren Gasabgabe, aufgegliedert nach Verbrauchergruppen in MWh:

	2024
RLM*	38.269
SLP**	409.880
Eigenverbrauch	15.275
Nutzbare Abgabe	463.425

Der Erdgasbedarf wird aus den Transportleitungen der Open Grid Europe GmbH über sieben Übernahmestationen gedeckt (Am Spitzenbach, Lohfelder Straße, Rolandsecker Weg, Bruchhausen, Windhagen I + II und Neschen).

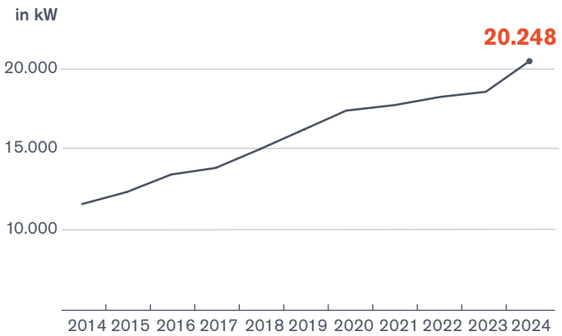
Wasserversorgung

Versorgungsgebiet: Stadt Bad Honnef und Verbandsgemeinde Unkel

	2024
Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes	40.309
Wasserwerke	2
Reserve-/Notwasserwerke	1
Installierte Gewinnungspumpen	1.505 m³/h
Speicheranlagen	13
Speicherkapazität	7.060 m³
Leitungsnetz	281,8 km
Verlegung von neuen Hausanschlüssen	23
Hausanschlüsse zum 31.12. (aktiv)	11.803
Zählerbestand zum 31.12.	12.496
Wasserabgabe an Kunden	2.102.086 m³

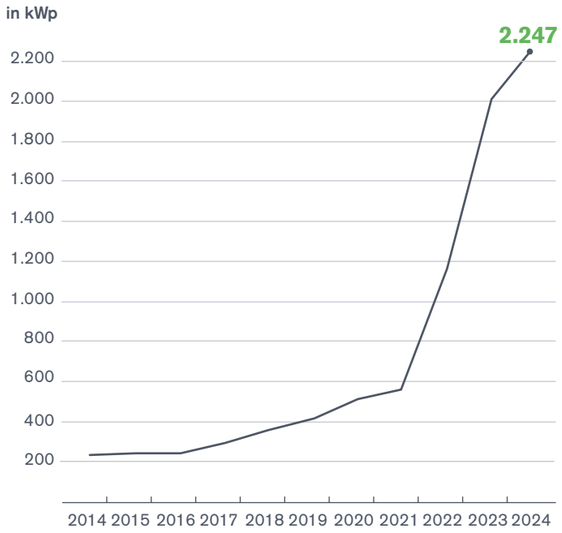
* **Registrierende Leistungsmessung (RLM):**
Sondervertragskunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 1,5 Mio. kWh Gas.

** **Standardlastprofil (SLP):**
Haushalte oder Abnahmestellen mit einem voraussichtlichen Jahresverbrauch von weniger als 1,5 Mio. kWh Gas.



Wärme

Die Sparte Wärme (thermische Anschlussleistung der Pacht- und Contractingprojekte) konnte weiter ausgebaut werden. Die insgesamt installierte thermische Leistung von Wärmeerzeugungsanlagen erhöhte sich leicht auf 20.248 kW.



Photovoltaikanlagen

Sehr erfolgreich konnten 102 Photovoltaikanlagen geplant und umgesetzt werden und die Leistung stieg von 2.086 kWp auf 2.247 kWp.

Ausgewählte Kennzahlen für die Geschäftsjahre 2020 bis 2024

	2020	2021	2022	2023	2024
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)[1]	112	114	119	124	128
	TEUR	**TEUR**	**TEUR**	**TEUR**	**TEUR**
Umsatzerlöse	53.958	61.203	97.215	125.292	93.524
Materialaufwand	35.428	52.164	74.464	99.153	69.571
Personalaufwand	10.000	10.447	9.446	9.567	10.336
Anlagenzugänge (ohne Finanzanlagen)	5.130	4.636	4.238	5.200	7.845
Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.549	-5.120	6.608	5.708	6.891
Dgl. in Prozenten	%	%	%	%	%
Umsatzerlöse	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Materialaufwand	65,7	85,2	76,6	79,1	74,4
Personalaufwand	18,5	17,1	9,7	7,6	11,1
Anlagenzugänge (ohne Finanzanlagen)	9,5	7,6	4,4	4,2	8,4
Jahresfehlbetrag/-überschuss	4,7	-8,4	6,8	4,6	7,4

[1] Mitarbeitende in Voll- und Teilzeit einschließlich geringfügig Beschäftigte sowie Auszubildende.

Weitere Informationen zum Geschäftsjahr

Vermögens- und Finanzlage

Die Aktiva und Passiva der Bad Honnef AG entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	31.12.2024 Mio. EUR	%	31.12.2023 Mio. EUR	%	Veränderungen Mio. EUR
Aktiva					
Langfristig gebundene Vermögenswerte					
Immaterielle Vermögensgegenstände u. Sachanlagen	50,9	62,2	45,7	51,3	5,2
Finanzanlagen	3,0	3,7	3,3	3,7	-0,3
	53,9	**65,9**	**49,0**	**55,0**	**4,9**
Kurzfristig gebundene Vermögenswerte					
Vorräte	4,5	5,5	3,6	4,0	0,9
Forderungen	16,8	20,5	17,8	20,0	-1,0
Flüssige Mittel	6,6	8,1	18,7	21,0	-12,1
	27,9	**34,1**	**40,1**	**45,0**	**-12,2**
Summe Aktiva	**81,8**	**100,0**	**89,1**	**100,0**	**-7,3**
Passiva					
Langfristig gebundenes Kapital					
Eigenkapital[1]	36,6	44,8	32,4	36,4	4,2
Bauzuschüsse, Sonderposten	6,9	8,4	6,7	7,5	0,2
Rückstellungen	9,6	11,7	9,1	10,2	0,5
	53,1	**64,9**	**48,2**	**54,1**	**4,9**
Kurzfristig gebundenes Kapital					
Eigenkapital[1]	2,6	3,2	2,6	2,9	0,0
Rückstellungen	11,7	14,3	15,7	17,6	-4,0
Verbindlichkeiten	14,4	17,6	22,6	25,4	-8,2
	28,7	**35,1**	**40,9**	**45,9**	**-12,2**
Summe Passiva	**81,8**	**100,0**	**89,1**	**100,0**	**-7,3**

[1] Der Teil des Jahresüberschusses, der gemäß dem Ergebnisverwendungsvorschlag zur Einstellung in die Gewinnrücklagen vorgesehen ist, wird unter der Position „Eigenkapital“ als langfristig gebundenes Kapital ausgewiesen.

Geschäftsbericht 2024

Lageberich

I. Geschäftsmodell der BHAG

II. Wirtschaftsbericht

1. Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen
2. Rahmenbedingungen Vertrieb
3. Rahmenbedingungen Energienetze
4. Geschäftsverlauf
   - 4.1. Energievertrieb
   - 4.2. Netze
   - 4.3. Beteiligungen
   - 4.4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

III. Vermögens- und Finanzlage

IV. Ertragslage

V. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risikobericht
2. Chancenbericht

I. Geschäftsmodell der BHAG

Die Bad Honnef AG (BHAG) leistet als kommunales Unternehmen der Energieversorgung einen wesentlichen Beitrag für die Lebensqualität der Menschen in der Region Siebengebirge und Westerwald.

Von der Energie- und Wasserversorgung in eigenen Netzen über die Förderung im Wasserwerk bis hin zu innovativen Energiedienstleistungen in den Bereichen Energieerzeugung und Mobilität liefert die BHAG attraktive Leistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen. Neben der Neuerrichtung verschiedener öffentlicher Ladesäulen in Bad Honnef und Unkel bewirtschaftet die BHAG zwei Parkräume in Bad Honnef. Zudem bietet das Unternehmen seinen Kunden attraktive Angebote im Bereich Freizeit und Erlebnis an, unterstützt Vereine, das Ehrenamt, soziale Projekte und vieles mehr, alles was den Kunden und Bürgern der Region Nutzen stiftet und das Leben erleichtert sowie bereichert.

Darüber hinaus trägt die BHAG mit ihrem Ergebnisbeitrag zugunsten der kommunalen Haushalte der Stadt Bad Honnef und der Verbandsgemeinde Unkel direkt oder indirekt zur Daseinsvorsorge bei.

II. Wirtschaftsbericht

1. Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Rückgang des Energieverbrauch in Deutschland hat sich verlangsamt. 2024 sank der Verbrauch an Primärenergien um 1,1% auf 10.538 Petajoule (PJ) oder 359,6 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE) gegenüber dem Vorjahr. 2023 lag der Rückgang noch bei knapp 8%. Wie die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) jetzt errechnete, liegt der Energieverbrauch in Deutschland aktuell um knapp 30% unter dem bisherigen Höchststand des Jahres 1990, als 14.905 PJ erreicht wurden, und damit auf einem Niveau, das zu Beginn der 1970er-Jahre in den alten Bundesländern erreicht worden war.

Die gegenüber dem Vorjahr wärmere Witterung verminderte den Verbrauch im raumwärmeabhängigen Teil des Energieverbrauchs. Wegen der nach wie vor ausbleibenden konjunkturellen Erholung gingen von der wirtschaftlichen Entwicklung keine wesentlichen verbrauchssteigernden Effekte auf den Energieverbrauch aus. Für Verbrauchszuwächse sorgten dagegen nach Einschätzung der AG Energiebilanzen das anhaltende Bevölkerungswachstum sowie sinkende Energiepreise. Außerdem fuhren statistische Sondereffekte als Folge des Ausstiegs aus der Kernenergie und des schrittweisen Ersatzes fossiler Energien in der Stromerzeugung durch erneuerbare zu zusätzlichen Primärenergieeinsparungen.

Der Verbrauch von Mineralöl verminderte sich 2024 insgesamt leicht um 0,9% auf 3.843 PJ (131,1 Mio. t SKE). Während der Verbrauch von Ottokraftstoff um 2,4% zunahm, kam es beim Dieselkraftstoff zu einem Rückgang um 2,2%. Der Absatz von leichtem Heizöl lag mit minus 4,7% ebenfalls unter dem Ergebnis des Vorjahres. Der Absatz von Flugkraftstoff verblieb auf Vorjahresniveau. Die Lieferungen von Rohbenzin an die chemische Industrie erhöhten sich dagegen um 13%.

Der Erdgasverbrauch verzeichnete 2024 ein Plus von 4% und stieg auf 2.724 PJ (93,0 Mio. t SKE). Der Nachfrageanstieg ist vor allem auf das gesunkene Preisniveau zurückzuführen, auch wenn die Preise im Großhandel immer noch deutlich über dem Niveau von vor der Energiekrise liegen. Insbesondere energieintensive Industriezweige erhöhten 2024 ihren Erdgaseinsatz. Haushalte sowie Verbraucher im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen verbrauchten etwas weniger Erdgas. Die Stromerzeugung aus Erdgas lag mit rund 3% im Plus, die Fernwärmeerzeugung aus Erdgas verharrte auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Verbrauch von Steinkohle ging 2024 insgesamt um 10% auf 774 PJ (26,4 Mio. t SKE) zurück. Der Einsatz von Steinkohle in Kraftwerken zur Stromerzeugung verzeichnete infolge einer insgesamt gesunkenen Stromerzeugung, einer gestiegenen Stromproduktion aus erneuerbaren Energien sowie erhöhten Strombezügen aus den Nachbarländern ein Minus von rund 30%. Der Absatz an die Eisen- und Stahlindustrie erhöhte sich aufgrund der gestiegenen inländischen Roheisenproduktion dagegen um etwa 7%.

Der Verbrauch von Braunkohle verzeichnete 2024 eine Abnahme um 10,2% auf 803 PJ (27,4 Mio. t SKE). Der Rückgang bei der Produktion entsprach weitgehend der Entwicklung der Lieferungen an die Kraftwerke der öffentlichen Versorgung. In dieser Entwicklung spiegeln sich die steigende Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Verringerung der Braunkohle-Stromerzeugungskapazitäten im Zuge des fortschreitenden Kohleausstiegs wider.

2024 wurden 24 Mrd. kWh (88 PJ) mehr Strom aus dem Ausland bezogen als umgekehrt aus Deutschland ins Ausland flossen. Damit war Deutschland erneut Netto-Importeur von Strom. Die Exporte sanken um 8%, die Importe erhöhten sich um 16% gegenüber dem Vorjahr. Der aktuelle Importüberschuss ist ein Zeichen für einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt. Höhere Stromimporte bedeuten weder eine Abhängigkeit vom europäischen Ausland, noch weisen sie auf inländische Knappheit hin.

Der Beitrag der erneuerbaren Energien erhöhte sich 2024 insgesamt um 1,1% auf 2.103 PJ (71,8 Mio. t SKE). Diese Entwicklung beruht insbesondere auf einer Zunahme der Stromproduktion aus Wasserkraft und Photovoltaik, während die Windstromerzeugung wetterbedingt um rund 2% zurückging. Insgesamt stieg der Beitrag erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung um 2%. Bedingt durch die wärmere Witterung verringerte sich der Einsatz erneuerbarer Energien in der Wärmeerzeugung dagegen um etwa 1%.

Quelle: AG Energiebilanzen e. V. 2024, Stand 14.02.2025

2. Rahmenbedingungen Vertrieb

Der Monitoringbericht 2024 der Bundesnetzagentur zeigt, dass die Wechselquoten der Strom- und Gaskunden im Jahr 2024 weitgehend stabil geblieben sind. Die Wechselquote lag bei rund 12%, was darauf hindeutet, dass viele Haushalte und Unternehmen aktiv nach günstigeren oder nachhaltigeren Tarifmodellen gesucht haben. Insbesondere die gestiegene Transparenz durch Vergleichsportale und neue, flexible Tarifmodelle haben diese Entwicklung begünstigt. Auch die noch geringe, aber zunehmende Verbreitung dynamischer Stromtarife, die es den Verbrauchern ermöglichen, ihren Energieverbrauch an Preisschwankungen am Markt anzupassen, spielt eine Rolle. Der Wettbewerb unter den Energieversorgern blieb entsprechend hoch, da viele Anbieter mit innovativen Produkten und attraktiven Preisgestaltungen um Kunden warben.

Zu Zeiten steigender Energiepreise konnte die Bad Honnef AG im Rahmen der Grundversorgung Kundengewinne verzeichnen. Dies hing mit der langfristigen Beschaffungsstrategie zusammen, die in dieser Zeit zu relativ günstigen Preisen geführt hat. Im Jahr 2024 trat hier erwartungsgemäß eine Gegenbewegung ein. Aufgrund der zwischenzeitig gefallenen Energiepreise an den Börsen konnten Wettbewerber, insbesondere Billiganbieter, durch kurzfristige Beschaffung deutlich günstiger beschaffen und lockten Kunden mit enormen Preisabständen ab. Insgesamt blieb die Energiebranche 2024 stark umkämpft. Die Ende 2023 eintretenden Kundenabwanderungen nahmen im Jahr 2024, insbesondere im Gasvertrieb, weiter zu. Im Stromvertrieb konnte sich die BHAG durch eine im Vorjahr gebildete Rückstellung gegen größere Kundenverluste verteidigen. Die Rückstellung diente dazu, eine Preiserhöhung an unsere Kunden zu vermeiden. Insgesamt beruhigte sich die Preisvolatilität an den Energiebörsen, sodass sich die Risiken für die Verbraucher, aber auch für die Versorger zunehmend verringerten.

Daher konnten bereits im Laufe des Jahres 2024 Preissenkungen bspw. in der Grundversorgung Gas ebenso wie bei Laufzeitverträgen gegenüber unseren Kunden ausgesprochen werden, im Strom konnte die BHAG eine Preissenkung aufgrund der bereits für 2024 gebildeten Rückstellung erst zu Beginn des Folgejahres umsetzen.

3. Rahmenbedingungen Energienetze

Das energiepolitische Handeln in Europa und Deutschland im Jahr 2024 setzte den Kurs der Vorjahre konsequent fort. Im Mittelpunkt standen die Umsetzung der Energiewende, die fortschreitende Digitalisierung sowie die Bewältigung der anhaltenden geopolitischen Spannungen infolge des Krieges in der Ukraine.

Ein Schwerpunkt der deutschen Energiepolitik war weiterhin der Ausbau der erneuerbaren Energien. Die im Jahr 2024 verabschiedete Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) brachte entscheidende Neuerungen mit sich, um den Ausbau von Wind- und Solarenergie voranzutreiben. Durch die vereinfachten Genehmigungsverfahren konnten Projekte schneller umgesetzt werden. Die installierte Leistung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen stieg um 20 Gigawatt auf eine Gesamtleistung von knapp 190 Gigawatt (+12%). Dabei dominierte die Solarenergie mit 16,2 GW den Zubau. Die an Land installierte Windleistung lag Ende 2024 bei 63,5 Gigawatt, mit einem Zubau von 2,5 Gigawatt.

Ein weiterer politischer Fokus lag auf der Defossilisierung der Wärmeversorgung. Auf Basis der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) vom Oktober 2023 wurden die Anforderungen an den Einsatz erneuerbarer Energien bei vielen Heizsystemen zum 01.01.2024 erhöht. Gleichzeitig verpflichtet das am 01.01.2024 in Kraft getretene Wärmeplanungsgesetz Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern, bis Mitte 2026 Wärmepläne zu erstellen. Bis Mitte 2028 sollen dann alle Kommunen Deutschlands eine Wärmeplanung haben. Die Wärmepläne legen fest, wie fossile Energieträger schrittweise ersetzt und erneuerbare Wärmequellen wie Solarthermie, Geothermie oder Abwärme integriert werden können.

Für die Energieversorger bedeutet dies, dass traditionelle Geschäftsfelder wie der Vertrieb und die Verteilung von Erdgas perspektivisch wegfallen. Hinzu kommen hohe Investitionen in den Auf- und Ausbau nachhaltiger Infrastrukturen, wie Wärmenetze und die Verstärkung des Stromnetzes. Gleichzeitig eröffnen sich Chancen durch die Entwicklung neuer Geschäftsfelder und den Ausbau erneuerbarer Wärmelösungen.

Eines der prägenden Themen für den Stromnetzbetrieb im Jahr 2024 war die Festlegung nach § 14a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), die am 27. November 2023 von der Bundesnetzagentur erlassen wurde und am 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist. § 14a EnWG regelt die Einbindung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen, wie z.B. Ladesäulen für Elektroautos und Wärmepumpen, in das Stromnetz. Netzbetreiber dürfen den Anschluss solcher Einrichtungen nicht mehr wegen lokaler Netzüberlastung verweigern. Stattdessen können sie den Strombezug vorübergehend auf bis zu 4,2 kW reduzieren, um Überlastungen zu vermeiden. Im Gegenzug erhalten die Verbraucher eine Reduzierung der Netzentgelte. Die Umsetzung erfordert indirekt eine Digitalisierung der Niederspannungsebene.

Mit dem im Jahr 2023 verabschiedeten Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende sollte der Roll-out intelligenter Strommesssysteme (Smart Meter) beschleunigt werden. Der Roll-out verläuft deutschlandweit gesehen jedoch weiterhin schleppend. Eine Datenauswertung der Bundesnetzagentur für das zweite Quartal 2024 hat ergeben, dass bisher 11,04% der Pflichteinbaufälle mit einem Verbrauch von 6.000 bis 100.000 kWh bzw. einer installierten Leistung unter 100 kW mit intelligenten Messsystemen ausgestattet wurden. Die Pflichteinbaufälle mit einem Verbrauch von mehr als 100.000 kWh oder einer installierten Leistung von mehr als 100 kW, die mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet sind, müssen die 20-%-Quote bis Ende 2028 erreichen. Derzeit liegt die Installationsquote bei 0,56%.

Im Rahmen der Diversifizierung und Defossilisierung der Gasversorgung wurde auch die Genehmigung für das Wasserstoff-Kernnetz am 22. Oktober 2024 durch die Bundesnetzagentur erteilt. Das Wasserstoffnetz soll die großen Verbrauchs- und Erzeugungsregionen für Wasserstoff in Deutschland miteinander verbinden. Es hat eine Gesamtlänge von etwa 9.040 km, wobei ca. 60% der Leitungen aus umgerüsteten Erdgasleitungen bestehen werden. Das Netz soll ab 2025 schrittweise in Betrieb genommen und bis 2032 fertiggestellt werden.

Die Energiebranche steht vor großen Herausforderungen und Chancen. Die Erreichung der nationalen Klimaziele bleibt eine zentrale Herausforderung. Die Umsetzung der kommunalen Wärmepläne wird die strategische Ausrichtung vieler Energieversorger grundlegend beeinflussen. Die Defossilisierung der Wärmeversorgung und die fortschreitende Elektrifizierung vieler Sektoren erfordern hohe Investitionen, bieten aber auch neue Geschäftsmöglichkeiten.

4. Geschäftsverlauf

4.1 Energievertrieb

Die steigende Nachfrage nach erneuerbaren Energien und energieeffizienten Lösungen hat zu einem verstärkten Wettbewerb in der Branche geführt. Neue Akteure, darunter Start-ups und technologieorientierte Unternehmen, sind in den Markt eingetreten und haben innovative Ansätze wie dezentrale Energielösungen, Energiespeichertechnologien und Plattformmodelle zur Steuerung von Energieflüssen eingeführt. Diese Entwicklungen erhöhen den Druck auf traditionelle Energieversorger, ihre Geschäftsmodelle anzupassen und verstärkt in Forschung und Entwicklung zu investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die BHAG beabsichtigt, das Angebot an PV-Anlagen als Pachtmodell für Letztverbraucher wieder fortzusetzen und Wärmepumpen als Pachtmodell anzubieten.

Die Gesamtabgabe an elektrischer Energie an eigene Kunden betrug im Geschäftsjahr 2024 70,8 GWh (Vorjahr: 72,8 GWh). Der geringe Rückgang lässt sich durch den Zubau von PV-Anlagen in der gesamten Kundenlandschaft begründen. Absatzsteigerungen durch E-Mobilität oder Wärmepumpen lassen aufgrund der stockenden Anschaffungen durch die hohen Anschaffungskosten bei privaten Verbrauchern den durch die dezentrale Erzeugung produzierten Strom noch nicht überkompensieren.

Die Gesamtabgabe an Erdgas an eigene Kunden betrug im Geschäftsjahr 2024 448,1 GWh (Vorjahr: 523,9 GWh). Trotz einer leicht gestiegenen Netztransportmenge ist der vertriebliche Absatzrückgang durch Kundenverluste entstanden.

Im Berichtsjahr verringerte sich sowohl die Anzahl fremder Lieferanten im eigenen Gasnetz auf 141 Stück (Vorjahr: 152 Stück) als auch im Stromnetz auf 151 Lieferanten (Vorjahr: 160 Stück).

Die Durchleitungsmenge für fremde Energielieferanten erhöhte sich in der Sparte Strom um 22,4% auf 24,6 GWh (Vorjahr: 20,1 GWh). Die Stromverkäufe der BHAG außerhalb des eigenen Netzgebietes erhöhten sich hingegen im Geschäftsjahr 2024 auf 29,4 GWh (Vorjahr: 27,8 GWh) und somit um 5,8%.

Im Gasnetz der BHAG erhöhte sich aufgrund des hohen Kundenwechselverhaltens die Durchleitungsmenge für fremde Lieferanten auf 231,6 GWh (Vorjahr: 172,5 GWh). Die eigene Erdgasexportmenge betrug im Jahr 2024 138,6 GWh (Vorjahr: 163 GWh) und reduzierte sich um 15%.

Der Wasserabsatz ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu auf demselben Niveau. Im Geschäftsjahr 2024 betrug die Wasserabgabe 2,102 Mio. m³ und liegt damit um 2,9% über dem Vorjahresniveau.

4.2 Netze

Am Jahresende 2024 waren im Stromnetzgebiet der BHAG 16.289 Zählpunkte angeschlossen (Vorjahr: 16.230 Zählpunkte). Zudem wurden im Geschäftsjahr 2024 TEUR 3.650 in das Stromnetz investiert und TEUR 250 für Unterhaltungsmaßnahmen aufgewendet.

Im Gasnetzgebiet der BHAG waren am Jahresende 2024 20.851 Zählpunkte angeschlossen (Vorjahr: 20.924 Zählpunkte). Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr 2024 TEUR 1.809 in das Gasnetz investiert und TEUR 494 für Unterhaltungsmaßnahmen aufgewendet.

Im Bereich Wasserversorgung waren am Ende des Jahres 2024 insgesamt 12.526 Zählpunkte angeschlossen (Vorjahr: 12.492 Zählpunkte). Außerdem wurden im Geschäftsjahr 2024 TEUR 1.400 insbesondere in das Leitungsnetz der Wasserversorgung investiert. Für Unterhaltungsmaßnahmen wurden TEUR 594 aufgewendet.

4.3 Beteiligungen

Die BHAG ist an folgenden fünf Gesellschaften beteiligt:

- Energieversorgung Schwarze Elster GmbH (Beteiligungsanteil 5%)
- TOBI Gaskraftwerk Verwaltungs GmbH (Beteiligungsanteil 4,17%)
- TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG (Beteiligungsanteil 4,17%)

- TOBI Windenergie Verwaltungs GmbH (Beteiligungsanteil 5,48%)
- TOBI Windenergie GmbH & Co. KG (Beteiligungsanteil 14,28%)

Sowohl die Beteiligungen an der TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG als auch an der TOBI Windenergie GmbH & Co. KG wurden in vorherigen Geschäftsjahren teilweise abgewertet bzw. durch Rückstellungen abgesichert. Im Berichtsjahr entsprach der Geschäftsverlauf der Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG der Planung.

Aktuelle Marktentwicklungen bei der Stromerzeugung, nicht zuletzt aufgrund der beschlossenen AKW-Abschaltung zum 15.04.2023, lassen trotz der Gefahr einer Gasmangellage darauf schließen, dass eine auf Gas (oder einem entsprechenden Substitut) basierende Stromerzeugung zukünftig an Bedeutung gewinnen wird. Dies zeigt sich unter anderem auch an dem geplanten Vorhaben, solche Kraftwerke zuzubauen. Der Anteil erneuerbarer Energien, unabhängig davon, ob sie steuerbar sind oder nicht, nimmt stetig zu und sorgt im Jahresschnitt für einen geringeren Bedarf. Lediglich in Zeiten von Dunkelflauten, wie zuletzt im Dezember 2024, haben solche Gaskraftwerke eine besondere Daseinsberechtigung und sind für eine sichere Stromversorgung unerlässlich. Aus diesem Grund hält die BHAG zum Berichtsstichtag an der verminderten Bewertung der Beteiligung an der TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG fest.

Aus den Beteiligungen entstanden Erträge in Form von Dividenden der Energieversorgung Schwarze Elster GmbH in Höhe von TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 25). Zudem entstanden Erträge aus den an die TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG und die TOBI Windenergie GmbH & Co. KG ausgereichten Gesellschafterdarlehen in Höhe von TEUR 112 (Vorjahr: TEUR 121) bei einer Darlehenshöhe von insgesamt TEUR 1.924 (Vorjahr: TEUR 2.220).

4.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltbelange
Die BHAG trägt Verantwortung für die Region und nimmt Rücksicht auf die Bedürfnisse der heutigen Generationen und insbesondere die der künftigen. Sie setzt sich dafür ein, den Umwelt- und Ressourcenschutz fest zu verwurzeln – für eine lebenswerte und nachhaltig tragfähige Zukunft und verpflichtet sich, Umweltbelastungen möglichst zu vermeiden oder zu reduzieren.

Darüber hinaus wurden im Rahmen eines unternehmensweiten Projektes Vorschläge der Mitarbeiter/innen zur praktischen Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens bei der BHAG eingeholt. Viele gute Ideen wurden vorgetragen und gehen nun in die Umsetzung. Die Beteiligung an Windparks sowie einer Gaskraftwerksbeteiligung verbessern seit geraumer Zeit die CO_2-Bilanz des Unternehmens. Gemäß den Ideen der Mitarbeiter/innen entstehen nun partiell neue PV-Anlagen mit dem Ziel, den Eigenverbrauch und damit den CO_2-Ausstoß zu verringern. Eine weitere Anregung war, den Fuhrpark in Teilen auf E-Antriebe sowie alternative und biogene Kraftstoffe umzustellen. Neuere Fahrzeuge werden im Rahmen ihrer Einsatzmöglichkeiten weitestgehend auf zuvor genannte Antriebe umgestellt.

Arbeitnehmerbelange
Das tägliche Handeln der BHAG ist von ökonomischer, sozialer und ökologischer Verantwortung geprägt. Die BHAG setzt auf faire Arbeits- und Vergütungsbedingungen, eine kontinuierliche Personalentwicklung, die Ausgewogenheit zwischen Arbeits- und Privatleben und bietet somit einen sicheren sowie gesunden Arbeitsplatz. Sie vertraut ihren Mitarbeiter/innen, fördert jeden Einzelnen und lädt dazu ein, das Unternehmen aktiv mitzugestalten.

Sozialbelange
Als kommunales Unternehmen bekennt sich die BHAG zu einer engen Verknüpfung mit der Region, ihren Einwohnern und ihren Kunden. Die BHAG sichert Arbeitsplätze, bietet eine leistungsfähige und sichere Infrastruktur und fördert Vereine, Einrichtungen und Veranstaltungen. Im Sinne der Daseinsfürsorge und der regionalen Wertschöpfung erwirtschaftet die BHAG für ihre kommunalen Gesellschafter angemessene Dividenden, die ausschließlich den Haushalten der Städte und Gemeinden und somit den Bürgern zugutekommen und schafft nachhaltigen Mehrwert für Umwelt und Gesellschaft. Aufgrund der guten Geschäftslage lautet unser Vorschlag zur Dividendenzahlung erneut auf insgesamt TEUR 2.600.

III. Vermögens- und Finanzlage

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 betrug die Bilanzsumme TEUR 81.817 und lag damit um TEUR 7.227 bzw. 8,1% unter dem Wert des Vorjahres von TEUR 89.044. Die Reduktion der Bilanzsumme resultierte auf der Aktivseite trotz des Anstiegs des Anlagevermögens (+TEUR 4.910) und erhöhten Vorräten (+TEUR 927) aus der Reduktion von Guthaben bei Kreditinstituten (-TEUR 12.032) und der Reduktion der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (-TEUR 1.032).

Trotz des Anstiegs des Eigenkapitals aufgrund der hohen Jahresüberschüsse der letzten Jahre (+TEUR 4.291) reduzierten sich die Guthaben bei Kreditinstituten im Wesentlichen aufgrund von einer Reduktion der sonstigen Verbindlichkeiten (-TEUR 5.806), der sonstigen Rückstellungen (-TEUR 3.953) sowie des Abbaus an Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-TEUR 2.395). Innerhalb der sonstigen Verbindlichkeiten befinden sich die kreditorischen Debitoren, also Kunden, denen zum Jahresstichtag eine Guthabenauszahlung zusteht, in Höhe von TEUR 7.888 (ggü. Vorjahr TEUR 13.702). Das ausgewiesene Anlagevermögen in Höhe von TEUR 53.870 (Vorjahr: TEUR 48.960) erhöhte sich um TEUR 4.910 bzw. 10,0%. Im Berichtsjahr erfolgten Investitionen in Höhe von TEUR 7.845 (Vorjahr: TEUR 5.200) in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sowie in Höhe von TEUR 25 in Finanzanlagen. Die Investitionen ins Sachanlagevermögen entfielen im Wesentlichen auf den Bereich der Verteilungsanlagen.
Den Investitionen standen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.580 (Vorjahr: TEUR 2.526) sowie auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 7), Anlagenabgänge in Höhe von TEUR 46 (Vorjahr: TEUR 100) und Zuschreibungen in Höhe von TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 5) gegenüber. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 65,8% (Vorjahr: 55%).

Der Gesellschaft stehen lang- und mittelfristige Eigen- und Fremdmittel in Höhe von TEUR 50.755 (Vorjahr: TEUR 46.034) zur Verfügung. Der Anlagendeckungsgrad beträgt somit 94,2% (Vorjahr: 94%). Die Veränderung zum Vorjahr resultierte aus einer stärkeren Erhöhung der lang- und mittelfristigen Eigen- und Fremdmittel gegenüber dem Anlagevermögen.

Das Eigenkapital – ohne den für die Ausschüttung vorgesehenen Teil des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von TEUR 2.600 – betrug TEUR 36.646 und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr durch die vorgesehene Thesaurierung eines Teilbetrages des Jahresüberschusses 2024 um TEUR 4.291. Neben der absoluten Erhöhung des Eigenkapitals und einer insgesamt niedrigeren Bilanzsumme erhöht sich die Eigenkapitalquote gegenüber dem Vorjahr von 36,3% auf 44,8%.

IV. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 93.524 (Vorjahr: TEUR 125.292) erzielt. Dies entspricht einem Rückgang von TEUR 31.768 oder 25,4%.

In der Sparte Stromversorgung verringerten sich die Umsatzerlöse von TEUR 29.903 auf TEUR 28.240. Dies entspricht einem Umsatzrückgang von TEUR 1.663 oder 5,6%. Dabei ergibt sich im Bereich Stromvertrieb eine Reduktion von TEUR 2.829, was im Wesentlichen auf TEUR 2.584 niedrigere Erlöse im eigenen Stromnetzgebiet zurückzuführen ist. Die Erlöse in fremden Netzgebieten verringerten sich lediglich um TEUR 163. Aufgrund der gesunkenen Erlöse nahmen auch die Preisnachlässe um TEUR 374 ab.

Hauptgrund für den Rückgang der Erlöse sind ein niedrigeres Preisniveau im Geschäftskundensegment und weiterhin leicht rückläufige Absätze. Während die gelieferten Mengen im eigenen Netz um 7% zurückgingen, konnten die Absatzmengen in Fremdnetzen um 5,9% gesteigert werden. Trotz des Zubaus von PV-Anlagen reduzierte sich die vertriebliche Absatzmenge insgesamt um lediglich 2,2%. Aufgrund des Mengenrückgangs reduzierte sich die Erlösschmälerung durch die für das Geschäftsjahr 2024 abzuführende Stromsteuer um TEUR 43.

Der Stromnetzbetrieb der BHAG liefert dagegen mit TEUR 3.387 im Vorjahresvergleich einen um TEUR 1.317 höheren Erlösbeitrag aus der Berechnung von Netznutzungsentgelten gegenüber fremden Lieferanten.

In der Sparte Gasversorgung sind im Geschäftsjahr 2024 mit TEUR 55.726, um TEUR 27.025 bzw. 32,7% ebenfalls niedrigere Umsatzerlöse zu verzeichnen als im Geschäftsjahr zuvor. Dabei sanken die Erlöse im Gasvertrieb um TEUR 28.344, wohingegen Erlöse aus der Berechnung von Netznutzungsentgelten gegenüber fremden Lieferanten um TEUR 1.278 angestiegen sind.

Aufgrund des unterjährig eingetretenen Preisverfalls an den Energiebörsen ggü. dem Vorjahr erhöhte sich der Teil der Kundenabwanderungen im eigenen Netz. Daher reduzierten sich die vertrieblichen Erlöse im eigenen Netz um TEUR 20.145. Auch die Erlöse in fremden Netzen entwickelten sich negativ (-TEUR 3.905).

Die Erlöse aus Spotmarktverkäufen reduzierten sich ebenfalls um TEUR 3.679 und die Mehrmindermengenabrechnung sorgte für TEUR 616 geringere Erlöse. Diese Erlöse erfolgten wie im Vorjahr nur zu niedrigeren Preisen als der Einstandspreis, da die Erlöse niedriger sind, entstehen dadurch auch geringere Spotverluste im Vergleich zum Vorjahr.

Aufgrund der milden Temperaturen und der Einsparungen reduzierte sich die Erlösschmälerung durch die für das Geschäftsjahr 2024 abzuführende Energiesteuer um TEUR 380.

Im Gasnetzbereich dagegen erhöhten sich die Erlöse um TEUR 1.278. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus einer um TEUR 1.068 höheren Abrechnung von Netzentgelten gegenüber Fremdvertrieben und einer um TEUR 148 höheren Mehrmindermengenabrechnung.

Die Umsatzerlöse in den Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors reduzierten sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.995; während die Wasserversorgung eine um TEUR 9 höhere Erlössituation aufweist, reduzierten sich die Umsatzerlöse Energiedienstleistungen/Contracting um TEUR 2.004. Für diesen Rückgang ist mit einem Anteil von TEUR 1.848 der Rückgang aus dem Verkauf von PV-Anlagen im besonderen Maße zu nennen.

Die sonstigen Umsatzerlöse verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.113 auf TEUR 1.372. Der Rückgang ist im Wesentlichen mit TEUR 827 niedrigeren Erlösen aus Gasverkäufen im Bereich der TOBI Gaskraftwerksbeteiligung begründet, die waren im Vorjahr aufgrund eines Kraftwerksausfalls außerordentlich hoch gewesen. Der restliche Umsatzrückgang betrifft die Nebengeschäfte, hier insbesondere Straßenbeleuchtung (-TEUR 188). Die Parkraumbewirtschaftung konnte ihren Erlösbeitrag erfreulicherweise um weitere TEUR 32 auf insgesamt TEUR 373 erhöhen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Vorjahresvergleich um TEUR 568 oder 63% auf nunmehr TEUR 1.468. Diese Erhöhung ist im Wesentlichen geprägt durch höhere Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen (TEUR 269) sowie außerordentliche und periodenfremde Erträge (TEUR 369), die im Wesentlichen aus Schadenersatzleistungen entsprungen sind.

Der Materialaufwand reduzierte sich aufgrund gesunkener Einkaufspreise und Mengen analog zu den Umsatzerlösen und reduzierte sich insgesamt um TEUR 29.582. bzw. 29,8% auf TEUR 69.571. Innerhalb des Materialaufwandes reduzierten sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 29.870 bzw. 37,9%, die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind dagegen um TEUR 288 bzw. 1,4% angestiegen.

Der Rückgang bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultiert hauptsächlich aus den gegenüber dem Vorjahr stark gesunkenen Strom- und Gasbezugskosten (-TEUR 27.797) sowie einer um TEUR 328 niedrigeren Gas-Mehrmindermengenabrechnung. Im Rahmen der TOBI-Beteiligungen reduzierte sich aufgrund des Kraftwerksstillstandes im Vorjahr notwendig gewordene Strombezug um TEUR 573.

Entgegen den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stellen sich auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen im Vergleich zum Vorjahr auf einem leicht höheren Niveau dar. Im Wesentlichen resultiert der Anstieg aus den bezogenen Leistungen im Zusammenhang mit deutlich gestiegenen vorgelagerten Netzentgelten Strom (+TEUR 1.143), die dem gestrichenen Zuschuss für die Übertragungsnetzbetreiber aufgrund des Ende 2023 entstandenen Haushaltsdefizits auf Bundesebene zum Opfer gefallen sind. Im Gleichklang ergeben sich höhere Netznutzungsentgelte fremder Netzbetreiber (+TEUR 1.065) sowie erhöhte Systemdienstleistungen des Vorlieferanten Strom (+TEUR 260). In der Gassparte hingegen stiegen die Kosten für die CO_2-Preis-Zertifikate aufgrund der Preiserhöhung an (+TEUR 829) sowie die Erhöhung der Speicherumlage (+TEUR 465). Kostensenkend wirkte sich dahingehend der Wegfall der Bilanzierungsumlage aus (-TEUR 1.929) sowie die um TEUR 1.275 niedrigeren Fremdleistungen im Zusammenhang mit dem Verkauf von PV-Anlagen, die ebenfalls im Zusammenhang mit dem Umsatzrückgang in diesem Bereich stehen.

Der Personalaufwand erhöhte sich um TEUR 770 bzw. 8%. Die darin enthaltenen Löhne und Gehälter stiegen dabei trotz einer hohen tariflichen Steigerung im März 2024 lediglich um TEUR 133 bzw. 1,7%. Die sich daraus ergebende durchschnittliche Zahl der Beschäftigten beträgt 128 (Vorjahr 124).

Bei den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung haben sich die Aufwendungen von TEUR 2.080 im Geschäftsjahr 2023 um TEUR 637 bzw. 30,6% überproportional auf TEUR 2.717 im Geschäftsjahr 2024 erhöht. Hierbei ist bei den Zuführungen zur Pensionsrückstellung eine wesentliche Steigerung in Höhe von TEUR 502 festzustellen.

Trotz der anhaltend hohen Investitionstätigkeit, große Anteile entfallen aufgrund der geplanten Netzübernahme jedoch auf Anlagen im Bau, erhöhten sich die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr um nur TEUR 54 bzw. 2,1%.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen im Berichtsjahr um TEUR 478 bzw. 7,8% niedriger aus. Hauptursächlich für diesen Rückgang sind der Rückgang an Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen (-TEUR 1.331) sowie reduzierte Zuführungen zu Wertberichtigungen auf Forderungen (-TEUR 149). Im Gegensatz stiegen die Provisionen (+TEUR 555), Prüfungs- und Beratungskosten (+TEUR 283) sowie die sonstigen Fremdleistungen (+TEUR 166) an.

Das Finanzergebnis hat sich von TEUR 702 im Geschäftsjahr 2023 auf TEUR 434 verschlechtert. Zum einen fiel die Wertaufholung (+TEUR 362) des mit den Rückstellungen saldierten DEKA-Fondsvermögen, um TEUR 209 niedriger aus als im Vorjahr. Daneben reduzierten sich in 2024 die vereinnahmten Tages- und Festgeldzinsen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 67 auf TEUR 189. Die Zinserträge aus Ausleihungen von TEUR 113 trugen positiv zum Finanzergebnis bei, auch wenn sie aufgrund von planmäßigen Tilgungen leicht rückläufig sind (-TEUR 10).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag reduzierten sich um TEUR 3.173 auf insgesamt TEUR 1.203. Hierbei ist zu erwähnen, dass sich die in den Vorjahren gebildeten Drohverlustrückstellungen erst im Jahr 2024 steuerlich auswirkten und dadurch die Steuerlast trotz des hohen Ergebnisses stark dezimieren.

Die sonstigen Steuern erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2 auf insgesamt TEUR 32.

Die vorgenannten Effekte führen schließlich zu einem gestiegenen Jahresüberschuss. Dem Jahresüberschuss des Vorjahres von TEUR 5.708 steht im Geschäftsjahr 2024 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 6.891 gegenüber.

Ertragslage der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung gemäß § 6b EnWG

In der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung lagen die Umsatzerlöse mit TEUR 11.294 um TEUR 2.241 bzw. 24,8% über denen des Vorjahres.

Trotz der gesunkenen Erlöse im Einspeisemanagement (-TEUR 202) sind erhöhte Erlöse aus Netznutzungsentgelten (einschließlich Umlagen) für die Erhöhung ursächlich (+TEUR 2.341). Im Berichtsjahr wurden diese gegenüber dem eigenen Vertrieb in Höhe von TEUR 6.902 (ggü. dem Vorjahr: +TEUR 1.024) sowie gegenüber fremden Vertrieben in Höhe von TEUR 3.387 (ggü. dem Vorjahr: +TEUR 1.317) zur Abrechnung gebracht.

Die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen erhöhten sich um TEUR 5 auf TEUR 57.

Die mit eigenem Personal durchgeführten aktivierungspflichtigen Investitionsmaßnahmen in das Elektrizitätsverteilnetz haben sich im Geschäftsjahr 2024 um TEUR 94 bzw. 76,6% gegenüber dem Geschäftsjahr 2023 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich um TEUR 71 bzw. um 67,8%. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf geringere sonstige außerordentliche und periodenfremde Erträge im Zusammenhang mit der Einspeisevergütung zurückzuführen.

Der Anstieg bei den Materialaufwendungen um TEUR 1.399 bzw. 26,2% ist insbesondere auf die in Summe um TEUR 1.143 erhöhten Aufwendungen aus vorgelagerten Netzentgelten sowie der Erhöhung der § 19 II Umlage (+TEUR 159) zurückzuführen. Die direkten Aufwendungen für Instandhaltungen haben sich zusätzlich um TEUR 10 auf insgesamt TEUR 250 erhöht.

Die Personalaufwendungen lagen um TEUR 11 bzw. 0,4% unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Neben den Löhnen und Gehältern, die sich um TEUR 121 bzw. 6,2% reduziert haben, haben sich die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung um TEUR 110 bzw. 20,3% erhöht.

Trotz der anhaltend hohen Investitionstätigkeit oberhalb der Abschreibungen haben sich die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 15 bzw. 3,3% reduziert. Trotz der hohen Investitionen in das Stromnetz, die überwiegend in einer Stromnetzübernahme begründet sind, ist der Rückgang der Abschreibung durch die Aktivierung auf Anlagen im Bau begründet, die keine Abschreibungen verursachen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit TEUR 763 um TEUR 56 bzw. 6,8% unter den Aufwendungen des Vorjahres. Ausschlaggebend hierfür sind die hohen Kosten für Rechtsberatungen im Hinblick auf die Stromnetzübernahme Unkel im Vorjahr.

Das Finanzergebnis der Elektrizitätsverteilung hat sich um TEUR 68 verschlechtert. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die geringere Wertaufholung des mit den Pensionsverpflichtungen saldierten DEKA-Fondsvermögens sowie geringere erwirtschaftete Zinseinnahmen auf Tages- und Festgeldkonten im Vergleich zum Vorjahr.

Die vorgenannten Veränderungen bei Erlösen, Erträgen und Aufwendungen haben dazu geführt, dass sich für die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung das Ergebnis vor Ertragsteuern von TEUR 317 im Geschäftsjahr 2023 um TEUR 879 auf TEUR 1.196 im Geschäftsjahr 2024 verbessert hat.

Unter Berücksichtigung des mit dem Ergebnis einhergehenden höheren Ertragsteueraufwandes ergibt sich für die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung für das Geschäftsjahr 2024 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 887 nach einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 216 für das Geschäftsjahr 2023.

Ertragslage der Tätigkeit Gasverteilung gemäß § 6b EnWG

In der Tätigkeit Gasverteilung lagen die Umsatzerlöse mit TEUR 11.361 um TEUR 1.955 bzw. 20,8% über denen des Vorjahres. Ursächlich für diese Umsatzsteigerung ist eine um TEUR 1.527 höhere Mehr- und Mindermengenabrechnung sowie um TEUR 368 höhere Erlöse aus Netzentgelten.

Die Umsatzerlöse aus Netznutzungsentgelten erhöhten sich gegenüber Fremdvertrieben um TEUR 1.068 bzw. 45,3% auf TEUR 3.425, dem eigenen Vertrieb gegenüber reduzierten sie sich jedoch um TEUR 699 bzw. 11,7% auf TEUR 5.282. Aufgrund der milden Temperaturen sowie den Einspareffekten unserer Kunden blieb die Vereinnahmung der Erlösobergrenze um TEUR 558 hinter dem Planansatz zurück.

Die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen erhöhten sich um TEUR 2 auf TEUR 138.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die anderen aktivierten Eigenleistungen, die mit eigenem Personal durchgeführten aktivierungspflichtigen Investitionsmaßnahmen in das Gasverteilnetz um TEUR 22 bzw. 8,8% gegenüber dem Geschäftsjahr 2023.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um insgesamt TEUR 13 bzw. 10,9%. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen.

Die Materialaufwendungen erhöhten sich um TEUR 984 bzw. 24,3% auf insgesamt TEUR 5.032. Analog zu den gestiegenen Erlösen aus Mehr- und Mindermengenabrechnungen erhöhten sich die Aufwendungen daraus ebenfalls um TEUR 1.497, die Aufwendungen aus vorgelagerten Netzentgelten reduzierten sich im Gegensatz dazu um TEUR 301 und die direkten Instandhaltungsaufwendungen reduzierten sich ebenfalls um TEUR 70 bzw. 12,4% auf TEUR 494.

Die Personalaufwendungen lagen um TEUR 180 bzw. 5,9% über dem Vergleichswert des Vorjahres. Bei den Löhnen und Gehältern fand dabei eine leichte Reduktion der Aufwendungen um TEUR 7 bzw. 0,3% statt, daneben erhöhten sich die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung um TEUR 187 bzw. 28%.

Die Abschreibungen reduzieren sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 4 bzw. 0,5%. Hierbei ist zu beachten, dass gemäß den Verlautbarungen der Bundesnetzagentur direkte Investitionen in das Gasnetz seit 2023 bis Ende 2044 abgeschrieben werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit TEUR 1.150 um lediglich TEUR 33 bzw. 2,9% oberhalb der Aufwendungen des Vorjahres. Als wesentlich stechen Beratungskosten hervor (+TEUR 162), die in Teilen durch eine beginnende Gasnetzgebietstransformationsplanung begründet sind.

Das Finanzergebnis der Gasverteilung hat sich um TEUR 99 verschlechtert. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die geringere Wertaufholung des mit den Pensionsverpflichtungen saldierten DEKA-Fondsvermögens sowie geringere erwirtschaftete Zinseinnahmen auf Tages- und Festgeldkonten im Vergleich zum Vorjahr.

Die vorgenannten Veränderungen bei Erlösen, Erträgen und Aufwendungen haben dazu geführt, dass sich für die Tätigkeit Gasverteilung das Ergebnis vor Ertragsteuern von TEUR 859 im Geschäftsjahr 2023 um TEUR 698 auf TEUR 1.557 im Geschäftsjahr 2024 erhöht hat.

Trotz der nicht bilanzierungsfähigen Mindererlöse und des mit dem Ergebnis einhergehenden höheren Ertragsteueraufwandes ergibt sich für die Tätigkeit Gasverteilung für das Geschäftsjahr 2024 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.151 nach einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 591 für das Geschäftsjahr 2023.

V. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risikobericht

Erläuterung des Risikomanagementsystems

Risiken führen bei deren Eintreten zu negativen Abweichungen des Unternehmensergebnisses von den geplanten Werten.

Unser Risikomanagementsystem (RMS) ist so ausgelegt, dass wir Risiken frühzeitig erkennen können.

Wenn möglich, verringern wir bestehende Risiken, schließen diese aus oder geben diese an Dritte (z. B. Versicherungen) weiter. Hierzu entwickeln wir geeignete Maßnahmen und überwachen deren Umsetzung.

Der Vorstand bestimmt die Risikopolitik des Unternehmens und legt die Prozesse und Zuständigkeiten innerhalb des RMS fest. Der Vorstand delegiert die Aufgaben des RMS an den Risikomanagementbeauftragten sowie die Risikoverantwortlichen.

Der Risikomanagementbeauftragte verantwortet die Aufrechterhaltung der Prozesskette des RMS. Ihm obliegt es u. a., in den definierten Zyklen die Aktualisierung der Risiken und Maßnahmen durch die Risikoverantwortlichen zu überwachen und ggf. einzufordern.
Aufgabe der Risikoverantwortlichen ist die Identifizierung und Anzeige, die Bewertung und Steuerung von Risiken in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich.
Vorstand und Aufsichtsrat erhalten in regelmäßigen Abständen Risikoreports, in denen die jeweils aktuelle Risikosituation der BHAG dargestellt wird.
Treten kurzfristig signifikante Risiken auf, werden diese umgehend an den Vorstand berichtet, der wiederum den Aufsichtsrat in angemessenem Umfang informiert.

Für das Geschäftsjahr 2024 erfolgten insgesamt vier Risikokomiteesitzungen, an denen neben dem Vorstand und dem Risikomanagementbeauftragten die Risikoverantwortlichen teilgenommen haben. In diesem Rahmen werden die identifizierten Risiken, deren Bewertung sowie die definierten Steuerungsmaßnahmen evaluiert und bedarfsweise angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darstellung der Risikosituation

Nachfolgend stellen wir die Risikosituation der BHAG im Berichtszeitraum 2024 dar. Dabei konzentrieren wir uns auf jene Bereiche, welche wesentliche Risiken aufweisen bzw. die gegenüber der Vorperiode bedeutsame Veränderungen erfahren haben.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Politische Entscheidungen, wie Änderungen des Energie- und Klimaschutzrechts sowie regulatorische Eingriffe in die Preisgestaltung, haben potenziell signifikante Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der BHAG.

Die derzeitige Unsicherheit hinsichtlich der politischen Ausrichtung nach der Bundestagswahl im Februar 2025 lassen Chancen erkennen, bergen zugleich aber auch zusätzliche Risiken. Künftige politische Schwerpunktsetzungen, etwa im Bereich der Energiepreisgestaltung, der kommunalen Daseinsvorsorge oder der Energiewende-Finanzierung, könnten bestehende Geschäftsgrundlagen verändern und zu kurzfristigem Anpassungsbedarf führen. Wir beobachten die Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sorgfältig. Risiken, welche sich aus gesetzgeberischen Tendenzen ergeben, werden so frühzeitig erkannt und ermöglichen eine Berücksichtigung in der Unternehmenssteuerung und -planung.

Im regulatorischen Bereich stellt insbesondere die Neugestaltung des Regulierungsrahmens für die deutschen Strom- und Gasnetze durch die Bundesnetzagentur im Rahmen des sogenannten NEST-Prozesses ein wesentliches Risiko dar; NEST steht dabei für „Netze. Effizient. Sicher. Transformiert.“. Ziel des NEST-Prozesses ist eine grundlegende Reform der Anreizregulierung, insbesondere hinsichtlich Effizienzvorgaben, Investitionsanreizen und der Berücksichtigung klimaneutraler Infrastrukturmaßnahmen. Die künftige Ausgestaltung kann erhebliche Auswirkungen auf die Erlössituation, die Investitionsplanung und die betriebliche Steuerung im Netzbereich haben. Die BHAG verfolgt den Prozess aktiv und bringt sich im Rahmen von Konsultationen und über Interessenvertretungen in die Diskussion ein, um drohende wirtschaftliche Nachteile frühzeitig zu erkennen und zu adressieren.

Vertrieb und Beschaffung
Die Volatilität an den Energiehandels- und Beschaffungsmärkten mit sich schnell verändernden Preisen hat im Jahresverlauf 2024 gegenüber dem Vorjahr zwar insgesamt weiter abgenommen, ist jedoch nach wie vor als ausgeprägt zu bezeichnen. Die Preise für die Beschaffung von Strom und Erdgas sinken tendenziell. Dieses nach wie vor schwierige Marktumfeld führt weiterhin zu Unsicherheiten auch für die BHAG.

Auf die besondere Risikosituation auf den Beschaffungsmärkten hat die BHAG mit der Einrichtung eines Risikogremiums eigens für den Bereich der Energiebeschaffung reagiert. Unsere bestehende, langfristig orientierte Beschaffungsstrategie wird in kurzen zeitlichen Abständen überprüft und im Bedarfsfall angepasst, um negative Auswirkungen infolge ungünstiger Marktpreisentwicklungen auf unsere Beschaffungskosten und damit auf die Absatzpreise für unsere Kunden möglichst zu verringern.

Hinsichtlich unserer Absatzmengen im Gasbereich bestehen neben den Auswirkungen der Wärmewende Unsicherheiten aufgrund von Witterungsverläufen. So wirken sich milde Temperaturen – insbesondere in der Heizperiode – unmittelbar auf unseren Gasabsatz aus. Der Zubau von Photovoltaikanlagen sowie die Anzahl der Sonnenstunden nimmt Einfluss auf die Nachfrage nach leitungsgebundenem Strom.

Der Wettbewerbsdruck im Energiemarkt ist unverändert hoch. Die Entscheidung der Kunden für oder gegen die BHAG als ihren Energielieferanten beeinflusst unmittelbar unsere Absatzmengen. Ein umfassendes Monitoring unseres Kundenbestands sowie relevanter Marktentwicklungen unterstützt die zeitnahe Identifikation und Steuerung wesentlicher Risiken.

Personal
Unsere hoch qualifizierten und engagierten Mitarbeitenden sind die Grundlage für unseren Unternehmenserfolg. Um geeignetes Personal zu gewinnen und langfristig an uns zu binden, nutzen wir eine Vielzahl von Maßnahmen.

Im Personalbereich können sich, ausgehend von dem bestehenden demografischen Wandel, Kapazitäts- und Alterungsrisiken ergeben. Der Abgang von Schlüsselpersonal könnte zudem die betrieblichen Abläufe stören. Aufgrund der reduzierten Verfügbarkeit qualifizierter Bewerber (Fachkräftemangel) sind verstärkt zeitliche und finanzielle Ressourcen bei der Personalbeschaffung aufzuwenden.

Um Fehlentwicklungen entgegenzutreten, setzen wir Maßnahmen des Personalmarketings, der Personalplanung und Personalentwicklung ein. Vertretungsregelungen und Wissenstransfer innerhalb der organisatorischen Einheiten sind bei der BHAG obligatorisch.

Informations- und Kommunikationstechnik
Eine sichere Speicherung von Daten sowie eine unterbrechungsfrei funktionierende Informationstechnologie sind für nahezu alle unsere Geschäftsprozesse unabdingbar. Wir legen daher großen Wert darauf, unsere IT-Infrastruktur und IT-Systeme systematisch vor nicht vorsätzlichen Gefährdungen und vorsätzlichen Handlungen einschließlich möglicher Angriffe Dritter zu schützen.

Insbesondere für Unternehmen der kritischen Infrastrukturen (sog. KRITIS-Unternehmen) wurde seitens der zuständigen Behörden sowie der Energieversorgungsbranche ein erhöhtes Maß an Cyber-Risiken als Folge des sogenannten hybriden Krieges identifiziert.
Um dieser veränderten Situation gerecht zu werden, halten wir regelmäßigen Kontakt zum Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).
Ebenso halten wir – flankiert durch staatliche Vorgaben – Maßnahmen zur Initialisierung bzw. Verstärkung unserer Systeme zur Angriffserkennung vor.

Netzbetrieb (Strom, Gas, Wasser)
Im Netzbereich bestehen technische Risiken durch Ausfälle und Störungen an Leitungen, Anlagen und IT-Systemen. Diese können zu Versorgungsausfällen oder regulatorischen Sanktionen führen. Dem begegnet die BHAG mit einer vorausschauenden Instandhaltungsstrategie, einer hohen technischen Verfügbarkeit sowie einem umfassenden Sicherheits- und Notfallmanagement.

Zudem stellen regulatorische Änderungen (z. B. Anpassungen im Anreizregulierungsrahmen oder bei Netzentgelten) finanzielle und administrative Herausforderungen dar. Risiken durch den steigenden Investitionsbedarf zur Umsetzung der Energiewende – insbesondere durch den Netzausbau im Strombereich – wurden durch eine mittel- bis langfristige Investitionsplanung adressiert.

Die Bundesnetzagentur hat mit der Festlegung „KANU 2.0“ einen Rahmen für eine verkürzte kalkulatorische Nutzungsdauer von Gasnetz-Infrastrukturen geschaffen, um der absehbar sinkenden Nutzung im Zuge der Energiewende Rechnung zu tragen. Vor diesem Hintergrund prüft die BHAG derzeit die Auswirkungen einer möglichen Anpassung der Nutzungsdauer des Gasnetzes.

Gesamtbeurteilung des Vorstands
Die Entwicklungen an den Energie- und Beschaffungsmärkten führen weiterhin zu einem risikobelasteten Unternehmensumfeld.
Neben den Unsicherheiten infolge geopolitischer Konflikte und den fluktuierenden Energiehandelsmärkten ergeben sich Planungsunsicherheiten wegen energie- und klimapolitischer Entwicklungen sowie regulatorischen Steuerungseingriffen bei weiterhin hohem Wettbewerbsdruck.

Sowohl die weltweiten Spannungen als auch die Entwicklungen bei der Umsetzung der nationalen und europäischen Klimapolitik lassen sich kaum zuverlässig vorhersehen. Jedoch ist insgesamt davon auszugehen, dass die Energieversorgung in Deutschland und Europa tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt sein wird, sodass die Rahmenbedingungen auch für die BHAG mittel- bis langfristig mit Unsicherheiten behaftet bleiben.

Wir beobachten alle relevanten Entwicklungen intensiv und achten darauf, dass unser Chancen-/Risikoprofil möglichst ausgewogen bleibt. Risiken, die den Fortbestand der BHAG gefährden, sind weder im Geschäftsjahr 2024 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2025 erkennbar. Die BHAG sieht sich auf Basis des bestehenden Risikomanagementsystems in der Lage, die identifizierten Risiken zu beherrschen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist trotz volatiler Rahmenbedingungen als stabil einzuschätzen.

2. Chancenbericht

In einer in 2024 begonnenen und durch den Aufsichtsrat initiierten Strategieklausur wurden die aktuellen Geschäftsfelder analysiert und dabei konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Neben der kostenintensiven Transformation der Stromnetze liegen Chancen für den effizienten Weiterbetrieb, neuen Möglichkeiten für unsere Kunden sowie Vorteile in Bezug auf die Netzstabilität im Umbau begründet. Der weitere Ausbau von Wärmepumpen und ein Zuwachs der Elektromobilität können neben der steigenden dezentralen Erzeugung die stromseitige Erlössituation verbessern. Diese Chance wird vor allem durch die bevorstehende Stromnetzübernahme in der Nachbarkommune Unkel verstärkt.

Der regulatorische Rahmen macht Investitionen zwar weniger attraktiv, der Zugewinn von Netzen vor Ort bietet jedoch für die BHAG wesentlich mehr Chancen als Risiken, da sie zur Fixkostendegression im Netzbetrieb beiträgt und auch die Unterhaltungskosten können durch den gemeinsamen Betrieb möglichst vieler Sparten in einem Gebiet durch Effizienzeffekte gesenkt werden.

Die BHAG hat nach gescheiterten Übernahmeverhandlungen zwecks der gewonnenen Ausschreibung des Stromnetzes in Unkel nun einen Klageantrag auf Herausgabe gestellt, um frühzeitig in den Genuss der zusätzlichen Netzentgelte zu gelangen.

Die Wasserversorgung ist nicht reguliert, unterliegt aber der kartellamtlichen Preiskontrolle. Langfristig wird die Wasserversorgung eine stabile und wichtige Ertragssäule bilden. Zudem hat Trinkwasser in Deutschland einen hohen Stellenwert und sorgt für ein positives Image der BHAG.

Ein weiterer Aspekt der Strategieklausur war die Wärmewende. Es werden gezielt Projekte zur Entwicklung einer ökologischen Quartiers- oder Arealversorgung sowie eine Ausweitung der Angebote bei Nahwärme verfolgt, um die wachsenden Marktchancen in diesem Bereich konsequent zu nutzen.

Zudem werden aktuell Projektschritte zum Bau eines Solarparks vor Ort Erfolg versprechend verfolgt sowie die Errichtung von Windrädern auf Machbarkeit geprüft. Im Rahmen dieser Chancen haben wir uns in den mit unseren Netzen versorgten Kommunen auf die Umsetzung und Unterstützung der kommunalen Wärmeplanungen beworben.

Nach den bislang positiven Erfahrungen im Bereich der teilweise übernommenen Parkraumbewirtschaftung von Bad Honnef prüft die BHAG auch hier das Potential für die Bewirtschaftung zusätzlicher neuer Flächen.

Viele Gasnetzbetreiber beschäftigen sich aktuell intensiv mit der Frage nach der Weiterverwendung der Netze im Zusammenhang mit der Dekarbonisierungsdebatte mit Wasserstoff. Auch die BHAG hat es sich im Rahmen einer Strategiesitzung zur Aufgabe gemacht, neue Geschäftsfelder bzw. Optimierungen genauestens zu prüfen. In einem weiteren Schritt wurde hierfür eine Gasnetzgebietstransformationsplanung beauftragt, die die weitere Verwendung und/oder Umwidmung der bestehenden Gasnetze für Wasserstoff beinhaltet.

Die BHAG hat derzeit trotz erheblicher Herausforderungen und starkem Änderungsbedarf ihrer Prozesse und Strukturen gute Chancen, durch ihr Angebot in der Region zu wachsen, und wird diese wahrnehmen.

In Abwägung der Chancen und Risiken plant die Gesellschaft im kommenden Jahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 3.408.

Bad Honnef AG, 31.03.2025

Dipl.-Ing. Kersten Kerl
Der Vorstand

Gewinn- und Verlustrechnung

Bad Honnef Aktiengesellschaft

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR	2023 EUR
1. Umsatzerlöse	93.523.528,15	125.291.549,83
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	822.682,01	578.910,36
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.468.479,74	900.242,92
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	48.959.870,56	78.830.216,30
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.610.784,21	20.322.488,64
	69.570.654,77	**99.152.704,94**
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.619.181,97	7.486.365,36
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 1.292.632,36 (Vorjahr: EUR 735.708,98)	2.717.310,01	2.080.417,63
	10.336.491,98	**9.566.782,99**
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.579.617,72	2.525.688,91
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.636.238,84	6.114.363,55
8. Erträge aus Beteiligungen	25.000,00	25.000,00
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	112.984,08	122.757,62
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus Abzinsung Rückstellungen: EUR 1.983,27 (Vorjahr: EUR 19.230,41)	306.137,79	565.553,46
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	5.120,56	6.797,51
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung Rückstellungen: EUR 5.000,00 (Vorjahr: EUR 3.260,28)	5.000,00	4.309,10
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.202.767,73	4.375.940,46
14. Ergebnis nach Steuern	6.922.920,17	5.737.426,73
15. Sonstige Steuern	31.920,17	29.426,73
16. Jahresüberschuss	**6.891.000,00**	**5.708.000,00**

Referenzobjekte

Unsere Referenzen im Bereich Energiedienstleistungen

Mieterstrom – Mehrfamilienhaus 5 Wohneinheiten
Ennerthang 13, Bonn

Technische Details

Versorgungsart:	Photovoltaik-Strom + BHKW
Energieträger:	Solarenergie
Installierte Leistung:	gesamt 10,2 kWp
Energieerzeuger:	Monokristalline Solarzellen
Geschätzter Jahreswärmeverbrauch:	15.000 kWh/a
Weitere Tätigkeit:	Mieterstromabrechnung

Villa Schaaffhausen
Schaaffhausenstraße, Bad Honnef

Technische Details

Wärmeerzeuger:	BHKW + Erdgasbrennwertkessel
Wärmeabgabe:	450.000 kWh/a
Spitzenlast:	393 kW sowie BHKW mit 33 kWel
Trassenlänge:	100 m
Gesamtanzahl der Anschlüsse:	6
Weitere Tätigkeit:	Mieterstromabrechnung + Ladeinfrastruktur

Wärmeversorgung

Mehrfamilienhaus 31 Wohneinheiten
Konrad-Adenauer-Straße, Bad Honnef

Technische Details

Wärmeerzeuger:	Wärmepumpe + Erdgasbrennwertkessel
Wärmeabgabe:	60.000 kWh/a
Spitzenlast:	40 kW
Weitere Tätigkeit:	Photovoltaik zur Wärmeproduktion (9 kWp)

Technische Details

Wärmeerzeuger:	BHKW + Erdgasbrennwertkessel
Wärmeabgabe:	650.000 kWh/a
Spitzenlast:	600 kW sowie BHKW mit 11 kWel
Gesamtanzahl der Anschlüsse:	12

Wärme für „Haus im Turm“

Bilanz

Bad Honnef Aktiengesellschaft

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	**133.886,01**	**159.811,01**
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.860.599,69	6.036.830,81
2. Technische Anlagen und Maschinen	38.984.172,26	35.847.333,26
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.058.309,00	1.037.053,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.841.957,07	2.578.523,45
	50.745.038,02	**45.499.740,52**
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	932.093,11	932.093,11
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.923.657,66	2.220.353,19
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	511,29	511,29
4. Sonstige Ausleihungen	134.499,87	146.770,84
	2.990.761,93	**3.299.728,43**
	53.869.685,96	**48.959.279,96**
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	**4.479.955,43**	**3.553.122,13**
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.949.141,85	9.221.654,81
2. Sonstige Vermögensgegenstände	6.876.848,12	8.636.803,60
	16.825.989,97	**17.858.458,41**
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	**6.641.626,43**	**18.673.166,28**
	27.947.571,83	**40.084.746,82**
C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0,00	0,00
	81.817.257,79	**89.044.026,78**

Passiva	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	**10.000.000,00**	**10.000.000,00**
II. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	1.000.000,00	1.000.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	21.355.000,00	18.247.000,00
	22.355.000,00	**19.247.000,00**
III. Jahresüberschuss	**6.891.000,00**	**5.708.000,00**
	39.246.000,00	**34.955.000,00**
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	**6.892.783,88**	**6.674.055,76**
C. Empfangene Ertragszuschüsse	**0,00**	**0,00**
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.811.345,96	5.435.451,25
2. Steuerrückstellungen	3.742.615,07	3.669.089,50
3. Sonstige Rückstellungen	11.707.737,59	15.660.760,17
	21.261.698,62	**24.765.300,92**
E. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4.692,00	35.677,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.355.917,90	8.751.410,74
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 91.101,88 (Vorjahr: EUR 100.608,70) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 29.867,90 (Vorjahr: EUR 23.666,65)	8.056.165,39	13.862.582,36
	14.416.775,29	**22.649.670,10**
	81.817.257,79	**89.044.026,78**

Anhang

I. Angaben zum Jahresabschluss

A. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

B. Erläuterungen zur Bilanz

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

II. Sonstige Angaben

A. Abschlussprüferhonorare

B. Organe, Organkredite und Aufwendungen für Organe

C. Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

D. Gewinnverwendungsvorschlag

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

I. Angaben zum Jahresabschluss

A. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 der Bad Honnef Aktiengesellschaft (BHAG) wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches und der ergänzenden Bestimmungen des Aktiengesetzes sowie der ergänzenden Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) erstellt. Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt nach den Vorschriften §§ 266 ff. HGB.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

Die Ausweisstetigkeit wurde grundsätzlich gewahrt, ein grundlegender Bewertungswechsel gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

B. Erläuterungen zur Bilanz

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen.

Anlagevermögen

Die Summe der Bruttowerte (kumulierte Anschaffungs- und Herstellungskosten) und der kumulierten Abschreibungen je Anlageposten sowie die Zugänge und Abgänge des Berichtsjahres ergeben sich aus dem Anlagegitter. Ebenso sind dem Anlagengitter die Abschreibungen des Geschäftsjahres zu entnehmen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich insbesondere um Softwarelizenzen. Sie werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der linearen Methode vorgenommen. Die für Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2009 zugrunde gelegte Nutzungsdauer für Softwarelizenzen beträgt drei Jahre und ist damit identisch mit der unteren Grenze der Nutzungsdauer gemäß Anlage 1 zur StromNEV bzw. GasNEV.

Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert. Hergestellte Vermögensgegenstände des

Sachanlagevermögens werden auf Einzelkostenbasis zuzüglich angemessener Gemeinkostenzuschläge, soweit diese für die Herstellung notwendig sind, bewertet. Fremdkapitalzinsen sind nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Für bis zum Geschäftsjahr 2008 zugegangene abnutzbare Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden die Abschreibungsmethode und die Abschreibungssätze der Vergangenheit beibehalten; sie entsprechen den steuerlichen Vorschriften.

Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2009 werden ausschließlich linear unter Zugrundelegung der unteren Grenze der Nutzungsdauer abgeschrieben, wie sie sich für die jeweilige Anlagengruppe aus der Anlage 1 zur StromNEV bzw. GasNEV ergibt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs-/Herstellungskosten, die EUR 1.000 nicht überschreiten, werden im Jahr ihres Zugangs voll abgeschrieben.

Die direkten Neuzugänge in das Gasnetz werden ab dem Jahr 2023 der verkürzten Nutzungsdauer unterworfen, damit diese Investitionen bis Ende 2044 vollständig abgeschrieben sind.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird im Bedarfsfall durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Die Zugänge des Berichtsjahres bei den entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen und bei den Sachanlagen in Höhe von TEUR 7.845 verteilen sich auf die Sparten wie folgt:

	TEUR
Elektrizitätsverteilung	3.650
Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors	121
Gasverteilung	1.809
Andere Tätigkeiten innerhalb Gassektors	12
Trinkwasserversorgung	1.400
Andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors	853
	7.845

Finanzanlagen

Die Bewertung des Finanzanlagevermögens erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten, Ausleihungen werden mit ihren Nennbeträgen angesetzt. Wertminderungen wird im Bedarfsfall durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte eine vollständige Abschreibung der gehaltenen Beteiligung an der TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG (TOBI Gas) in Höhe von TEUR 576. Entsprechende Ertragswertermittlungen ergaben, dass der beizulegende Wert der Beteiligung als voraussichtlich dauerhaft negativ zu bewerten ist.

Auf der Grundlage vertraglicher Verpflichtungen erfolgten zuletzt im Geschäftsjahr 2015 Zahlungen von insgesamt TEUR 40 (Rücklagenaufstockung) in das Eigenkapital der TOBI Gas. Die Stichtagsbewertung der Beteiligung zum 31. Dezember 2015 machte eine vollständige Abschreibung der geleisteten Rücklagenaufstockung erforderlich.

Ergebnis der Bewertung zum Berichtsjahresstichtag ist, dass der aus dem Ertragswert der TOBI Gas abgeleitete beizulegende Wert der Beteiligung weiterhin als voraussichtlich dauerhaft negativ zu beurteilen ist.

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte eine anteilige Abschreibung der gehaltenen Beteiligung an der TOBI Windenergie GmbH & Co. KG (TOBI Wind) in Höhe von TEUR 589 auf einen aus dem Ertragswert abgeleiteten, dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert.

Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte erneut eine anteilige Abschreibung der gehaltenen Beteiligung an der TOBI Windenergie GmbH & Co. KG (TOBI Wind) in Höhe von TEUR 589 auf einen aus dem Ertragswert abgeleiteten, dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen zinslosen Ausleihungen sind mit ihrem Barwert bilanziert.

Vorräte

Der Vorratsbestand setzt sich im Wesentlichen aus nEHS-Zertifikaten für den Gasvertrieb, aus Reparaturmaterialien sowie Materialien für den Leitungsbau zusammen.

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten einschließlich Nebenkosten abzüglich Preisnachlässen, die unter Beachtung des Niederstwertprinzips nicht über den Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag liegen.

Forderungen und sonstige Aktiva
Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gehen im Wesentlichen aus dem Energie- und Wasserverkauf hervor. Die Bewertung erfolgt zum Nennwert.

Dem allgemeinen Kreditrisiko sowie dem internen Zinsverlust wird durch eine Pauschalwertberichtigung des – um die einzelwertberichtigten Forderungen bereinigten – Nettoforderungsbestandes und der zweifelhaften Forderungen durch angemessene Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Ansatz der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt zu Nennwerten.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände betragen – wie bereits im Vorjahr – auch im Berichtsjahr durchgängig bis zu einem Jahr.

Forderungen gegen Gesellschafter bestehen nicht (im Vorjahr TEUR 0).

Der Bestand an liquiden Mitteln wird mit Nominalwerten bewertet.

Eigenkapital
Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital beträgt TEUR 10.000 und ist eingeteilt wie folgt:

Aktien	Anzahl Stck.	Nennwert EUR	Gesamt EUR
Namensaktien	4.798	1.000	**4.798.000,00**
Namensaktien	9.616	520	**5.000.320,00**
Namensaktien	19	100	**1.900,00**
Namensaktien	3.840	52	**199.680,00**
Namensaktien	10	10	**100,00**

Gewinnrücklagen
Auf Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juli 2024 wurde vom Jahresüberschuss des Vorjahres im Geschäftsjahr 2024 ein Teilbetrag in Höhe von TEUR 2.600 an die Aktionäre ausgeschüttet. Der verbleibende Teilbetrag von TEUR 3.108 wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen
Unter dem Sonderposten werden die ab dem 1. Januar 2003 vereinnahmten Baukostenzuschüsse ausgewiesen. Der Berichtsjahreszugang beträgt TEUR 466, der Bestand zum 31. Dezember 2024 TEUR 6.893.

Diese Baukostenzuschüsse werden korrespondierend zu den Abschreibungen der bezuschussten Gegenstände des Anlagevermögens erfolgswirksam aufgelöst. Der auf die unter dem Sonderposten bilanzierten Baukostenzuschüsse entfallende Auflösungsbetrag beläuft sich im Berichtsjahr auf TEUR 247.

Rückstellungen
Die Rückstellungen werden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Diese Rückstellungen werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Bei Altersvorsorgeverpflichtungen wird der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre für die Abzinsung verwendet.

	TEUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.811
Steuerrückstellungen	3.743
Sonstige Rückstellungen	11.708
	21.262

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode). Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Rückstellungsbetrag ist unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich des zukünftigen Gehalts- bzw. Rentenniveaus ermittelt worden, wobei für den Gehaltstrend, den BBG-Trend und den Rententrend eine Steigerung von 2,0% p. a. zugrunde gelegt wurden. Der Rechnungszinssatz beträgt gemäß den Vorgaben für Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) 1,90% p. a. Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten verwendet.
Die Berechnung der Rückstellung für Witwen-/Witwerrente erfolgte nach der sogenannten kollektiven Methode, bei der eine sich aus den verwendeten Rechnungsgrundlagen ergebende Verheiratungswahrscheinlichkeit zugrunde gelegt wurde. Für die Ermittlung der zu berücksichtigenden Sozialversicherungsrenten wurde das Näherungsverfahren gemäß BMF-Schreiben IV B 2 - S 2176/07/0003 vom 5. Mai 2008 verwendet. Bei ausgeschiedenen Anwärtern wurde das zum Zeitpunkt des Ausscheidens gültige Näherungsverfahren angewendet.

Im Geschäftsjahr 2024 erhöhte sich das im Geschäftsjahr 2010 gebildete Zweckvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB durch Kursgewinne und Thesaurierung abzgl. Steuern, in Höhe von insgesamt TEUR 445 auf TEUR 11.096 (im Vorjahr TEUR 10.651); die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwerts der Verpflichtungen und des beizulegenden Zeitwerts des zur Deckung gebildeten Zweckvermögens.

Steuerrückstellungen
Die Steuerrückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Körperschaftssteuer inkl. Solidaritätszuschlag	1.647
Gewerbesteuer	1.907
sonstige Steuern	189
	3.743

Sonstige Rückstellungen
Die sonstigen Rückstellungen enthalten insbesondere die Rückstellung für Rückvergütungen (TEUR 3.701), für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (TEUR 1.045), für den Gasbezug (TEUR 3.926), die Rückstellung im Zusammenhang mit dem Bezug und der Vermarktung von Strom (TEUR 96) sowie die Rückstellungen für Personalaufwendungen (TEUR 866), ausstehende Rechnungen (TEUR 187), unterlassene Instandhaltung (TEUR 501), Betriebsprüfungsrisiken (TEUR 434), Konzessionsabgabe (TEUR 167) und die Prozessrisiken (TEUR 507).

Die Bewertung der Rückstellung für Treueprämien und Jubiläumszuwendungen erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode). Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Rechnungszinssatz beträgt gemäß den Vorgaben der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) 1,96% p. a. Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten verwendet.
Die Berechnung der Rückstellung für Witwen-/Witwerrente erfolgte nach der sogenannten kollektiven Methode, bei der eine sich aus den verwendeten Rechnungsgrundlagen ergebende Verheiratungswahrscheinlichkeit zugrunde gelegt wurde.

Die Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme vom 19. Juni 2013. Bei der Ermittlung für Abfindungszahlungen wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berücksichtigt, dass die Verpflichtung mit dem Eintritt von Tod (ggf. Invalidität) erlischt. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Die Abzinsung erfolgte mit dem fristadäquaten Marktzins, der nach den Vorschriften des BilMoG auf Basis des Durchschnitts der vergangenen sieben Geschäftsjahre anzusetzen ist; der Rechnungszinssatz beträgt 1,48%. Für den Gehaltstrend wurde eine Steigerung von 2,5% p. a. zugrunde gelegt.

Im Geschäftsjahr 2024 verringerte sich das für Altersteilzeitverpflichtungen gebildete Zweckvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB durch Inanspruchnahmen um TEUR 144 auf TEUR 384. Die Höhe der Rück-

stellung ergibt sich aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwerts der Verpflichtung und des beizulegenden Zeitwerts des zur Deckung gebildeten Zweckvermögens. Der Rückstellungsausweis für die Altersteilzeitverpflichtungen beträgt hiernach TEUR 0.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurden alle erkennbaren Risiken und Verpflichtungen aus-reichend berücksichtigt. Die ausgewiesenen Rückstellungsbuchwerte zum Bilanzstichtag 2024 entsprechen den ermittelten notwendigen Erfüllungsbeträgen.

Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag	mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	mehr als einem Jahr	mehr als fünf Jahren	durch Pfandrechte und ähnliche Rechte gesichert	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Art der Sicherheit
Erhaltene Anzahlungen aus Bestellungen	5	5	0	0	0	
(Vorjahr)	(36)	(36)	(0)	(0)	(0)	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.356	6.356	0	0	0	-
(Vorjahr)	(8.751)	(8.751)	(0)	(0)	(0)	
Sonstige Verbindlichkeiten	8.056	8.056	0	0	0	-
(Vorjahr)	(13.863)	(13.863)	(0)	(0)	(0)	
Summe	**14.417**	**14.417**	**0**	**0**	**0**	-
(Vorjahr)	**(22.650)**	**(22.650)**	**(0)**	**(0)**	**(0)**	

Latente Steuern

Die latenten Steuern beruhen auf temporären Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen bei nachstehend aufgeführten Bilanzposten:

	Latente Steueransprüche 31.12.2024	Latente Steuerschulden 31.12.2024
	TEUR	TEUR
Immaterielle Vermögenswerte	35	0
Sachanlagen	79	3.266
Finanzanlagen	3.665	0
Gewinnrücklagen	481	0
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	2.075	0
Pensionsrückstellungen	1.750	808
Sonstige Rückstellungen	1.494	105
Zwischensumme	**9.579**	**4.179**
Saldierungen	-4.179	-4.179
Überhang	**5.400**	**0**

Es wurde ein Steuersatz von 30,11% angewandt, der sich aus dem kombinierten Ertragssteuersatz aus Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer zusammensetzt (14,28% Gewerbesteuer bei einem Hebesatz von 408%, 15% Körperschaftsteuer und 0,83% Solidaritätszuschlag).

Bei der zulässigen Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern (latente Steueransprüche).

Wegen des bestehenden Aktivierungswahlrechts im Fall eines Überhangs aktiver latenter Steuern wurde auf den Ansatz latenter Steuern im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 verzichtet.

Haftungsverhältnisse

Die Haftungsverhältnisse gemäß §§ 251, 268 Abs. 7 HGB werden nach den für Verbindlichkeiten geltenden Grundsätzen unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme ausgewiesen. Die Risikoeinschätzung der Inanspruchnahme erfolgt auf der Grundlage vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.

Bei diesen Haftungsverhältnissen handelt es sich um Bürgschaften im Zusammenhang mit der Beteiligung an der TOBI Windenergie GmbH & Co. KG in Höhe von TEUR 39.

Finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen ergeben sich im Wesentlichen aus der für die Energiewirtschaft typischen Beschaffungsmethode der nivellierten Beschaffung sowie der Back-to-back-Beschaffung für Großkunden.

Für die Belieferung unserer Kunden mit Strom belaufen sich die finanziellen Verpflichtungen auf TEUR 10.228 für beschaffte Strommengen, davon für das Jahr 2025 TEUR 7.154 und für die Jahre 2026 bis 2027 TEUR 3.074.

Für die Belieferung unserer Kunden mit Gas belaufen sich die finanziellen Verpflichtungen auf TEUR 33.371 für beschaffte Gasmengen, davon für das Jahr 2025 TEUR 22.667 und für die Jahre 2026 bis 2028 TEUR 10.704.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt zusammen:

	TEUR
Elektrizitätsverteilung	11.294
Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors (Stromverkauf)	25.123
Gasverteilung	11.361
Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors (Gasverkauf)	54.189
Trinkwasserversorgung	5.212
Andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors (i. W. Contracting und Beteiligungen)	3.932
Abzgl. Innenerlöse aus Netzentgelten Strom und Gas sowie Einspeisevergütung dezentrale Erzeugungsanlagen	-17.587
	93.524

Andere aktivierte Eigenleistungen

Der Posten enthält die Personalkosten sowie die verrechneten Gemeinkostenzuschläge auf Personal- und Sachkosten für selbsterstellte Anlagen.

Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 898), Schadenersatzleistungen (TEUR 276), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen (TEUR 95), Gutschrift Strombezug des Vorjahres (TEUR 91) sowie Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (TEUR 52).

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge erfolgt der Ausweis periodenfremder und neutraler Erträge, insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen, von insgesamt TEUR 1.420.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfolgt der Ausweis periodenfremder und neutraler Aufwendungen wie Zuführungen zu Wertberichtigung auf Forderungen (TEUR 313), Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen (TEUR 37) sowie die Abschreibungen auf Forderungen (TEUR 16), in Höhe von insgesamt TEUR 366.

Finanzergebnis

	TEUR
Erträge aus Beteiligungen	25
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	113
Sonstige Zinsen und ähnlicher Erträge	306
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5
	434

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten insbesondere TEUR 597 Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag und Kapitalertragsteuer für das laufende Jahr sowie TEUR 511 Gewerbesteuer für das laufende Jahr.

Für Vorjahre ergaben sich Aufwendungen in Höhe von TEUR 81 (Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag) sowie TEUR 14 (Gewerbesteuer).

Sonstige Steuern
Die sonstigen Steuern betreffen die Grundsteuer (TEUR 23) sowie die Kfz-Steuer (TEUR 9).

II. Sonstige Angaben

A. Abschlussprüferhonorare

	Gesamthonorar netto TEUR
Abschlussprüfleistungen	27
Andere Bestätigungsleistungen	25
Steuerberatungsleistungen	0
Sonstige Leistungen	45
	97

Insgesamt hat der Vorstand im Geschäftsjahr 2024

B. Organe, Organkredite und Aufwendungen für Organe

Vorstand:
Dipl.-Ing. Kersten Kerl

Aufsichtsrat:
Dr. Rüdiger Fuchs (Vorsitzender)
Steuerberater u. Wirtschaftsprüfer, im Ruhestand

Markus Harf (stellv. Vorsitzender)
Soldat

Karl-Heinz Dißmann
Kaufmann, im Ruhestand

Karsten Fehr
Verbandsbürgermeister der Verbandsgemeinde Unkel

Thorsten Fischer*
Datenverarbeitungskaufmann

Jörg Heinzelmann
Diplom-Ingenieur, im Ruhestand

Kamran Mohit*
Gas-/Wasser-Monteur

Otto Neuhoff
Bürgermeister der Stadt Bad Honnef

Sascha Schulz*
Elektromeister

Friedhelm Weiss*
Gas-/Wasser-Monteur

Stefan Winkens*
Industriekaufmann

Irina Briese
Allgemeinmedizinerin

Jonathan Grunwald
Diplom-Volkswirt, MdL

Krista Ulmen
Rechtsanwältin, im Ruhestand

Klaus Wegner
Diplom-Ingenieur, im Ruhestand

**Arbeitnehmervertretung*

Bezüge in Höhe von TEUR 257 (Vorjahr: TEUR 236) erhalten. Diese teilen sich nach Vergütungsbestandteilen wie folgt auf:

Herr Kerl erhielt TEUR 211 (Vorjahr: TEUR 195) als erfolgsunabhängige Vergütung; hierin enthalten sind Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge in Höhe von TEUR 47 (Vorjahr: TEUR 47). Weiterhin erhielt Herr Kerl eine erfolgsabhängige Tantiemenzahlung in Höhe von TEUR 41 (Vorjahr: TEUR 37). Der auf die Nutzung des Firmen-Pkw entfallende geldwerte Vorteil beträgt TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 5).

Die Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen ehemaliger Mitglieder des Vorstandes betragen TEUR 3.877 (Vorjahr: TEUR 3.336). Im Geschäftsjahr 2024 erfolgten insgesamt Zuführungen einschließlich Aufzinsung in Höhe von TEUR 693 (Vorjahr: TEUR 84).

Die ausgezahlten Bezüge zugunsten ehemaliger Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 2024 TEUR 152 (Vorjahr: TEUR 127).

Der Aufsichtsrat trat im Geschäftsjahr 2024 zu insgesamt sechs Sitzungen zusammen. Zudem tagte der Personalausschuss an einem Termin und der Wirtschafts- und Prüfungsausschuss an vier Terminen.

Die hierfür angefallenen Aufsichtsratsvergütungen belaufen sich auf insgesamt TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 12) und betreffen die einzelnen Aufsichtsräte/-innen wie folgt:

	EUR
Dr. Rüdiger Fuchs	2.441
Markus Harf	1.781
Karl-Heinz Dißmann	1.320
Karsten Fehr	857
Jörg Heinzelmann	924
Thorsten Fischer	528
Kamran Mohit	660
Otto Neuhoff	792
Sascha Schulz	924
Friedhelm Weiss	660
Stefan Winkens	660
Klaus Wegner	792
Irina Briese	1.320
Jonathan Grunwald	528
Krista Ulmen	924
	15.111

Für eine Sitzung des Beirats der BHAG wurden im Jahr 2024 Sitzungsgelder in Höhe von TEUR 1 aufgewendet (Vorjahr: TEUR 1)

C. Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

Kaufm./techn. Angestellte	78
Gewerbliche Arbeitnehmer	40
Auszubildende	4
Geringfügig Beschäftigte	6
	128

Einschließlich der in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis befindlichen Mitarbeiter und der geringfügig Beschäftigten standen während des Geschäftsjahres 2024 insgesamt 28 Arbeitnehmer/-innen in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis zur BHAG.

D. Gewinnverwendungsvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorschlagen, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2024 wie folgt zu verwenden:

	TEUR
Einstellung in Gewinnrücklagen	4.291
Gewinnausschüttung	2.600
Jahresüberschuss	**6.891**

Ausschüttungssperren:
Ausschüttungsgesperrte Beträge: TEUR 1.638

Zusammensetzung:

	TEUR
Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung von Altersvorsorgeverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB	-204
Aus der Bewertung von Vermögensgegenständen zum Zeitwert, die mit Versorgungsverpflichtung verrechnet wurden gemäß § 268 Abs. 8 S. 3 HGB	1.638

Zu Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung von Altersvorsorgeverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB
Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Altersvorsorgeverpflichtungen) werden ab dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 in Anwendung des § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit einem Rechnungszinsfuß abgezinst, der sich aus dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt (10-Jahres-Zinssatz). Zuvor war nach § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB a. F. für Zwecke der Abzinsung solcher Rückstellungen ein Rechnungszinsfuß zwingend vorgeschrieben, der sich aus dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt (7-Jahres-Zinssatz). Durch den Übergang von dem 7-Jahres-Zinssatz auf den 10-Jahres-Zinssatz entsteht bei der Bewertung der Altersvorsorgeverpflichtungen ein ergebniswirksamer Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 204 (gewinnmindernd).

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs 2024 im Sinn von wertaufhellenden Ereignissen eingetreten sind und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz Berücksichtigung gefunden haben, ist nicht zu berichten.

Bad Honnef, den 31.03.2025

Bad Honnef Aktiengesellschaft
Dipl.-Ing. Kersten Kerl
Der Vorstand

Entwicklung des Anlagevermögens 2024

Anlagengitter gemäß § 284 Abs. 3 HGB

A. Anlagevermögen	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Abschreibungen (kumuliert)					Buchwerte	
	Stand 01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2024	Stand 01.01.2024	Zugänge	Zuschreibung	Abgänge	Stand 31.12.2024	Stand 31.12.2024	Stand 31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.791.977,01	91.291,11	0,00	0,00	2.883.268,12	2.632.166,00	117.216,11	0,00	0,00	2.749.382,11	133.886,01	159.811,01
	2.791.977,01	**91.291,11**	**0,00**	**0,00**	**2.883.268,12**	**2.632.166,00**	**117.216,11**	**0,00**	**0,00**	**2.749.382,11**	**133.886,01**	**159.811,01**
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.635.078,24	34.428,69	0,00	1.312,88	11.670.819,81	5.598.247,43	211.972,69	0,00	0,00	5.810.220,12	5.860.599,69	6.036.830,81
2. Technische Anlagen und Maschinen	120.941.154,93	3.703.765,05	175.073,48	1.387.228,41	125.857.074,91	85.093.821,67	1.908.003,23	0,00	128.922,25	86.872.902,65	38.984.172,26	35.847.333,26
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.068.812,58	363.682,69	199.637,00	0,00	7.232.858,27	6.031.759,58	342.425,69	0,00	199.636,00	6.174.549,27	1.058.309,00	1.037.053,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.578.523,45	3.651.974,91	0,00	-1.388.541,29	4.841.957,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.841.957,07	2.578.523,45
	142.223.569,20	**7.753.851,34**	**374.710,48**	**0,00**	**149.602.710,06**	**96.723.828,68**	**2.462.401,61**	**0,00**	**328.558,25**	**98.857.672,04**	**50.745.038,02**	**45.499.740,52**
III. Finanzanlagen												
1. Beteiligungen	2.726.751,48	0,00	0,00	0,00	2.726.751,48	1.794.658,37	0,00	0,00	0,00	1.794.658,37	932.093,11	932.093,11
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.220.353,19	0,00	296.695,53	0,00	1.923.657,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.923.657,66	2.220.353,19
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	511,29	0,00	0,00	0,00	511,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	511,29	511,29
4. Sonstige Ausleihungen	172.342,64	25.000,00	37.412,08	0,00	159.930,56	25.571,80	5.120,56	5.261,67	0,00	25.430,69	134.499,87	146.770,84
	5.119.958,60	**25.000,00**	**334.107,61**	**0,00**	**4.810.850,99**	**1.820.230,17**	**5.120,56**	**5.261,67**	**0,00**	**1.820.089,06**	**2.990.761,93**	**3.299.728,43**
	150.135.504,81	**7.870.142,45**	**708.818,09**	**0,00**	**157.296.829,17**	**101.176.224,85**	**2.584.738,28**	**5.261,67**	**328.558,25**	**103.427.143,21**	**53.869.685,96**	**48.959.279,96**

Contracting: Energieeffizienz für Großanlagen

Referenzen: Planung & Bau Photovoltaik-Anlage

Kindergarten „Am Limperichsberg“

Stadt Königswinter, Domblick 40, 53639 Königswinter

- Betrieb, Instandhaltung & Überwachung durch die BHAG
- Eigene Stromerzeugung:
  - » reduziert Energiekosten
  - » ist nachhaltig
  - » betreibt die Wärmepumpe

Baujahr 2023

Technische Details

Versorgungsart:	Photovoltaik-Strom
Energieträger:	Solarenergie
Installierte Leistung:	gesamt 66,42 kWp
Energieerzeuger:	Monokristalline Solarzellen
Geschätzter Jahreswärmeverbrauch:	60.000 kWh/a
Weitere Tätigkeit:	PV-Stromabrechnung

Referenzen: Mieterstrom 13 Wohneinheiten

Mehrfamilienhaus Bad Honnef

Karl-Simrock-Straße 8+8a, 53604 Bad Honnef

- Betrieb, Instandhaltung & Überwachung durch die BHAG
- Eigene Stromerzeugung:
  - » reduziert Energiekosten
  - » ist nachhaltig
  - » betreibt die Wärmepumpe

Technische Details

Versorgungsart:	Photovoltaik-Strom
Energieträger:	Solarenergie
Installierte Leistung:	gesamt 29,7 kWp
Energieerzeuger:	Monokristalline Solarzellen
Geschätzter Jahreswärmeverbrauch:	27.000 kWh/a
Weitere Tätigkeit:	Mieterstromabrechnung

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Bad Honnef Aktiengesellschaft, Bad Honnef

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bad Honnef Aktiengesellschaft, Bad Honnef, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bad Honnef Aktiengesellschaft, Bad Honnef, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse:

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.
Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Prüfungsurteile
Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“, „Gasverteilung“ und „grundzuständiger Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.

- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Grundlage für die Prüfungsurteile
Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG
Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG
Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und

- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entsprechen.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und

der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.
Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Koblenz, 5. Mai 2025

DORNBACH GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

Bad Honnef AG
Lohfelder Straße 6
53604 Bad Honnef

0 22 24 / 17-0
info@bhag.de
bhag.de

BHAG